

Im Auge der Infodemie II

Demokratieverhandlungen für den digitalen Raum der Freiheit

Freitag, 21. März 2025
14.00–19.00 Uhr

Wissensturm Linz
Teilnahme kostenlos

DORFTV



Volkshochschule **linz**

Eine Veranstaltung von DORFTV in Kooperation mit VHS Linz und mehr demokratie!
Gefördert aus den Mitteln der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung



Notre Dame 3D Daten: Andrew Tallon

Kunstschätze, die Geschichten erzählen.



ARS ELECTRONICA
CENTER
ars.electronica.art

Inhalt

Editorial: Ein Land der demokratischen Gegenrede 04
von Otto Tremetzberger & Martin Wassermair

Medien, Politik und Demokratie

Für den demokratischen Diskurs benötigen wir Medien- und Meinungsvielfalt 05
Wolfgang Struber im Gespräch

Medienethik in Zeiten der medialen Gereiztheit 07
von Luis Paulitsch

Wofür stehen die zwei B in der Medienpartizipation? Demokratieerneuerung durch Bedeutung und Behauptung 10
von Martin Wassermair

Freie Medien und die Ambivalenzen der Freiheit Wer den Begriff besetzt, bestimmt den Diskurs! 12
von Georg Ritter

Demokratie fördern: Zur Relevanz von Community-Medien aus europäischer Perspektive 14
von Helmut Peissl und Andrea Sedlaczek

Menschenrechte haben keine gute Presse 16
von Marion Wisinger

Wenn im Netz doch alles gratis ist? Warum es den Offenen Zugang im Freien Radio und Community TV trotzdem braucht! 18
von Julia Müllegger

Positive Ansätze und existenzielle Bedrohung: Erwartungen an die Medienpolitik 20
von Valentin Lischka

Medienkritik

Kulturjournalismus – eine Aufgabe mit Potenzial? 22
von Christine Haiden

Auch eine Generationenfrage: Bei Haltung und Qualitätsjournalismus prallen Welten aufeinander 24
von Dominik Ritter-Wurnig

Das Problem der Repräsentation Wie migrantische Medienaneignung neue Sichtweisen erzeugt 26
von Gracia Ndona

ki ist nicht frei Aber freie Medien sind weiterhin die Antwort 27
von Jana Herwig

Journalismus für alle Warum Journalist*innen arbeiten, wie sie arbeiten. Und warum das ein Problem ist. 28
von Lisa Kreutzer

Jede Story ist eine Klima-Story Klimakrise und die Herausforderungen der Klimaberichterstattung 29
von Verena Mischitz

Die dunklen Seiten der Macht Investigativer Journalismus und Pressefreiheit 30
von Michael Nikbakhsh

“Not more of the same” since 1998: Aber nehmen wir den Journalismus auch selbst in die Hand! 32
von Otto Tremetzberger

Jedes ernsthaft journalistische Angebot, das sich in diesem Medienmarkt versucht, gibt Hoffnung. 34
Harald Fidler im Gespräch.

www.radiob138.at www.frf.at www.fro.at www.radio-fri.at www.freiesradio.at www.dorftv.at

Sonderbeilage zur KUPFzeitung Nr. 191 (Sept – Nov 2024) • Herausgeberin: KUPF – Kulturplattform Oberösterreich, Untere Donaulände 10, 4020 Linz • Redaktionsleitung: Otto Tremetzberger, Martin Wassermair • Land der freien Medien: Freies Radio Freistadt, Radio FRO, Freies Radio Salzkammergut, Freies Radio B138, Radio FRI, DORFTV • Lektorat: Anna Adler • Layout+Satz: Michael Reindl • Umschlaggrafik „Land der Freien Medien“: DORFTV Sendungsgestalter*innen „Ja Suppe“, Ahmed Jamal, Andrea Corradi • Projektleitung: Marie-Therese Jahn



Ein Land der demokratischen Gegenrede

von Otto Tremetzberger & Martin Wassermair

Schon vor 200 Jahren hob Heinrich Heine den „Segen der Preßfreiheit“ hervor. „Sie raubt der kühnen Sprache des Demagogen allen Zauber der Neuheit“, schrieb der Dichter und Begründer des modernen Feuilletons, „das leidenschaftlichste Wort neutralisiert sie durch ebenso leidenschaftliche Gegenrede“. Die vorliegende Zeitschrift ist durchaus in diesem Geist entstanden. Die vielen Verwerfungen der Gegenwart, gesellschaftliche Brüche, Ungleichheiten sowie der Vertrauensverlust vieler Menschen gegenüber Politik und Medien machen es notwendig, das Wort zu ergreifen.

In diesem Sinne ist Oberösterreich ein Land der Gegenrede. Mit fünf freien Radios und einem Community-TV-Sender verfügt das „Land der Freien Medien“ über eine starke Stimme, die sich – wie auch schon vor fünf Jahren – im Hinblick auf die Nationalratswahlen am 29. September 2024 in die öffentlichen Debatten einmischt. Der nichtkommerzielle Rundfunk verwirklicht seit einem Vierteljahrhundert kritische Öffentlichkeiten, die sich an der demokratischen Entwicklung engagiert beteiligen. In einer Zeit, in der Hass, Vorurteile, Gewaltbereitschaft und Diffamierung auch immer stärker angefeuert werden, müssen Gegenmodelle aufzeigen, dass der allgemeinen Radikalisierung und Desintegration die medialen Räume nicht ohne Widerspruch überlassen werden.

Radio FRO, Radio B138, Freies Radio Salzkammergut, Freies Radio Freistadt, Freies Radio Innviertel und DORFTV unterstreichen mit diesem Heft ihr Selbstverständnis als wichtige Player in der Meinungsbildung: Gemeinsamer Anspruch ist es, mehr zu sein als die bunten Plattformen, die sie selbstverständlich auch sind und als die sie wahrgenommen werden, also eben auch mediale Räume für jene Debatten herzustellen, die Politik und Gesellschaft nicht nur abbilden, sondern so weitreichend wie möglich mitgestalten und formen.

Den Ausgangspunkt dieser Ausgabe bildet einmal mehr eine medien- und demokratiepolitisch bedeutsame Richtungsentscheidung. Vor diesem Hintergrund spiegeln die Beiträge ein Spektrum wider, das die aktuell wichtigsten Themen und Aspekte im Kontext von Medien, Politik und Demokratie sowie der Medienkritik diskursiv aufgreift und im Hinblick auf die notwendigen Zukunftsperspektiven erörtert. Es umfasst Überlegungen zur Demokratisierung der Bedeutungsproduktion über Medienethik, Menschenrechte und Freiheit bis hin zu den für den nichtkommerziellen Sektor besonders relevanten Schwerpunkten von Kultur, Klima, Migration und Inklusion.

Im Fokus stehen jedenfalls die beiden Themenfelder Medien und Demokratie. Beide sind untrennbar miteinander verwoben. Ohne ein kritisches, breites, offenes, diverses, inklusives, vielfältiges und vielsprachiges Medienangebot, ohne ein Angebot, das nicht Hass und Spaltung, sondern ein funktionierendes Gemeinwohl stärkt und befördert, und ohne die dafür notwendigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, kann eine Demokratie nicht bestehen. Auf diese Argumente setzen Freie Radios und Community TVs seit der Liberalisierung des Rundfunkmarkts im Jahr 1998. Seither kämpft der nichtkommerzielle Sektor unablässig um Verbesserung seiner Rahmenbedingungen, um Stabilisierung der Infrastrukturen und um den Aufbau wirkmächtiger Redaktionsgrundlagen. Die Überzeugungskraft und der lange Atem erweisen sich im Wechselspiel mit der österreichischen Medienpolitik immer wieder als durchaus erfolgreich – auch über den eigenen Tellerrand hinaus.

Jeweils 20 Millionen Euro jährlich zusätzlich für Journalismusförderung und digitale Transformation. 500.000 Euro für Podcasts. Aufstockung der Subvention für kommerzielle und nichtkommerzielle Rundfunkveranstalter um 8,25 Millionen Euro. Die Regierungskoalition aus ÖVP und Grüne hat in den letzten fünf Jahren im Medienbereich neben klaren Fehlgriffen (wie z. B. der Einstellung der gedruckten „Wiener Zeitung“) durchaus auch positive Entwicklungen auf Schiene gebracht. Zurecht geht aber die Sorge um, dass nach dem Tag der Nationalratswahlen wieder alles zum Stillstand kommt, dass Erreichtes um- oder gar rückgebaut wird. Das wäre allemal fatal.

Die gesammelten Texte und Interviews verdeutlichen Bruchlinien, Herausforderungen und Problemstellungen, mit denen Demokratie und Medien aktuell konfrontiert sind. Die Autorinnen und Autoren haben für ihre Beiträge unterschiedliche Stilmittel gewählt, was sich nicht zuletzt in voneinander abweichenden Herangehensweisen an das Gendern widerspiegelt. Dessen ungeachtet zeigen aber alle auch Auswege aus den multiplen Krisen, positive Beispiele, konstruktive Denkansätze und Perspektiven, die optimistisch stimmen sollen.

Es geht um viel.

Für den demokratischen Diskurs benötigen wir Medien- und Meinungsvielfalt

Wolfgang Struber, Geschäftsführer Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Fachbereich Medien (RTR Medien) im Gespräch

Martin Wassermair: Es wird immer öfter beklagt, dass unserem Informationsklima bald eine Überhitzung droht. Wie sollten Medien zu einer Abkühlung beitragen, von der vor allem die Vielfalt der Meinungsbildung profitiert? Wo sehen Sie hier auch einen besonderen Auftrag der RTR?

Wolfgang Struber: Einleitend gilt es hier etwas zu differenzieren. Die Medien in Österreich leisten mehrheitlich eine sehr gute Arbeit und beachten journalistische Grundprinzipien. Wenn aktuelle Themen kontrovers diskutiert werden, dann ist das Ausdruck der Meinungsfreiheit, die wir als besonderes Privileg in der Demokratie genießen dürfen und die für den demokratiepolitischen Diskurs von essenzieller Bedeutung ist. Genau vor diesem Hintergrund ist es aber auch manchmal für die Medienmacher*innen eine Herausforderung, die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Meinungsmache zu ziehen. Grundsätzlich ist das Vertrauen der Öffentlichkeit ein hohes Gut und eine informierte und wenig polarisierte Gesellschaft wird angestrebt. Dabei stehen unterschiedliche Dimensionen im Vordergrund. Eine faktenbasierte Berichterstattung soll sicherstellen, dass deren Inhalte überprüfbar sind. Fake News und Sensationsjournalismus müssen vermieden werden. Mit Neutralität und Ausgewogenheit sollen Journalist*innen versuchen, beide Seiten einer Geschichte darzustellen und vermeiden, voreingenommen oder parteiisch zu berichten. Ausgewogene Berichterstattung hilft, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen und polarisierten Meinungen entgegenzuwirken. Nachrichten sollen in einen größeren Kontext gestellt werden, um den Leser*innen ein besseres Verständnis zu ermöglichen. Komplexe Themen müssen gründlich erklärt werden, anstatt nur Schlagzeilen zu liefern. Anstatt sich nur auf negative Ereignisse und Konflikte zu konzentrieren, sollen Medien auch positive Entwicklungen und Lösungen für Probleme berichten. Dies kann helfen, ein ausgewogeneres Bild der Welt zu vermitteln und die Wahrnehmung der Leser*innen zu beeinflussen. Sensationelle Berichterstattung, die darauf abzielt, Emotionen zu schüren und Klicks zu generieren, soll reduziert werden. Stattdessen sollten Medien auf sachliche und ruhige Berichterstattung setzen. Mit der Förderung von Medienkompetenz hat der Fachbereich Medien der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH eine besondere Aufgabe, indem er als Servicestelle Initiativen und Informationsangebote zu diesem Thema wahrnimmt (medienkompetenz.rtr.at). Medien können dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit besser informiert ist und kritischer mit

Informationen umgeht. Durch die Förderung von Medienkompetenz und kritischem Denken können Hörer*innen, User*innen, Leser- und Zuschauer*innen besser zwischen verlässlichen und unzuverlässigen Informationen unterscheiden. Die Digitalisierung gewinnt in allen Bereichen unseres Lebens immer größeren Einfluss. Deshalb ist es umso wichtiger, den richtigen Umgang mit insbesondere Sozialen Medien zu stärken. Ob in der Schule, dem Berufsleben oder dem Alltag: Wir sammeln Projekte aus ganz Österreich, die das große gemeinsame Ziel haben, die Medienkompetenz in unserem Land zu fördern. Medienunternehmen sollen transparent und verantwortungsvoll in Bezug auf ihre Quellen und Methoden sein. Dass in jüngerer Vergangenheit auch Medienangebote und unterschiedliche Plattformen entstanden sind, die Graubereiche austesten und eher Erfolg in der „Filterbubble“ suchen als in der Information, lässt sich leider nicht leugnen. Ob dabei Grenzen überschritten werden, ist an einschlägigen Gesetzen zu messen und wird z. B. vom Presserat oder der Medienbehörde KommAustria entschieden. Wir und die KommAustria widmen uns in Veranstaltungen und Publikationen diesen wichtigen Themen, befassen uns mit Desinformation oder Fact-Checking und Medienkompetenz oder dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Medienbereich.

Wie nehmen Sie den nichtkommerziellen Rundfunk in Österreich wahr? Wo sehen Sie seine Stärken, wo Potenziale für eine Weiterentwicklung?

Der nichtkommerzielle Rundfunk bietet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Medienkompetenz der Bürger*innen. Wer unter professioneller Anleitung lernt, wie Berichterstattung entsteht, wird Informationsangebote Dritter aus einem neuen Blickwinkel und differenzierter betrachten. Mit dem Konzept der „Mitmach-Programme“ wird es Interessierten ermöglicht, selbst journalistisch tätig zu werden und objektive, ausgewogene Beiträge zu selbst gewählten Themen zu gestalten. Die „Freien“ vermitteln den Teilnehmenden dabei ein Verständnis für die Grundlagen journalistischer Arbeit. Das sind wertvolle Learnings zur Stärkung der persönlichen Medien- und Informations-Kompetenz, insbesondere in Zeiten, in denen sich die Problematik von Desinformation, vor allem auf Social Media, durch den potenziell missbräuchlichen Einsatz Künstlicher Intelligenz und den Einsatz von „Desinformation-as-a-Service“ weiter verschärft – gerade im Superwahljahr 2024.

Dass Sorgfaltspflichten, Objektivität und Ausgewogenheit nicht nur eine Verpflichtung für professionelle Journalist*innen und für die Berichterstattung in Zeitungen, Radios und Fernsehsendungen darstellen, sondern auch ein Grundprinzip für Aktivitäten auf Social Media sein sollten, ist sicherlich ein Feld, auf das die Freien ihr Engagement noch stärker ausweiten könnten. Außerdem ist der Einsatz Künstlicher Intelligenz ein wesentlicher Faktor in der modernen Medienproduktion, der auch Niederschlag in der Ausbildung finden muss. Der nichtkommerzielle Rundfunk vermittelt aber nicht nur handwerkliches Verständnis, er ist auch inhaltlich ein Gewinn für die Meinungsvielfalt, denn oft werden dort lokalpolitische Themen behandelt, die es nicht in die großen Medienangebote schaffen, die aber die davon betroffenen Menschen bewegen und deshalb genau denselben kritischen, objektiven und ausgewogenen öffentlichen Diskurs verdienen, wie die vermeintlich größeren Themen.

Die digitale Transformation verändert die Medienlandschaft tiefgreifend. Was haben Freie Radios und Community TVs davon zu erwarten?

Die Mediennutzungsgewohnheiten der Menschen ändern sich und es geht darum, dort zu sein, wo die Nutzer*innen sind. Die Medien und ihre Rezipient*innen befinden sich in der digitalen Transformation und das macht auch vor den Freien nicht halt. Ein lokales, nicht-kommerzielles Medienangebot auf eine globale Plattform zu bringen bzw. mit einer Plattform eines Big-Tech-Unternehmens mithalten zu können und dann noch auffindbar zu sein, ist keine Kleinigkeit, bietet aber auch große Chancen für dessen Wahrnehmung. Hinsichtlich der Ausbildungsfunktion der Freien, widerspricht der Einsatz künstlicher Intelligenz in der Inhalteproduktion auf den ersten Blick dem pädagogisch-handwerklichen Grundgedanken der „Mitmach-Medien“, ist aber die neue Realität. Der verantwortungsvolle Umgang damit muss gelehrt und gelernt werden. Und mit der zunehmenden Bekanntheit, Endgeräteverfügbarkeit und Reichweite von DAB+ Digitalradio, wird UKW für Freie Radios nicht mehr die einzige, lineare Übertragungsart bleiben können. Hier sind leistbare Ideen und Konzepte gefragt.

Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen sieht in der redaktionellen Gesellschaft ein Bildungsziel für die digitale Moderne. Freie Medien erweisen sich diesbezüglich mit niederschweligen Angeboten zur Vermittlung von Medienkompetenz schon länger als Avantgarde. Inwieweit findet das Ihrer Meinung nach ausreichend öffentliche Wertschätzung?

Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen betont die Bedeutung einer redaktionellen Gesellschaft als Bildungsziel in der digitalen Moderne. Freie Medien spielen hierbei eine Vorreiterrolle, indem sie durch niederschwellige Angebote Medienkompetenz vermitteln. Ob diese Bemühungen ausreichend öffentliche Wertschätzung erfahren, ist jedoch eine komplexe Frage. Nach meiner Meinung ist die breite, öffentliche Wertschätzung für die Rolle freier Medien in der Vermittlung von Medienkompetenz wahrscheinlich nicht ausreichend. Freie Medien leisten wichtige Bildungsarbeit, die jedoch noch nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen angekommen ist. Für uns kann ich

sagen, dass Vertreter*innen freier Medien in allen unseren Veranstaltungen, z. B. zum Themenbereich Medienkompetenz, regelmäßige und geschätzte Podiumsgäste und Ansprechpartner*innen sind. Und die aktuelle Erhöhung des bei der RTR Medien eingerichteten Fonds zur Förderung des Nichtkommerziellen Rundfunks um 25 % spricht sicherlich auch für die Wahrnehmung und Wertschätzung der Freien. Die vorangegangene, letzte Aufstockung des Fonds von drei Millionen Euro auf fünf Millionen Euro per anno liegt dabei gerade einmal zwei Jahre zurück.

Die RTR steht für die Sicherung und den Ausbau von Medienvielfalt. Wenn Sie diese Aufgabe im europäischen Kontext betrachten, wo erkennen Sie Best-Practice-Beispiele, an denen wir uns in Österreich orientieren sollten?

Ich glaube, dass wir dafür die eigenen Landesgrenzen gar nicht überschreiten müssen. Unsere Fördermaßnahmen zur Stärkung der Medien- und Meinungsvielfalt gelten vielen unserer europäischen Nachbarn als Vorbild. Wir haben viele Besuche von regulatorischen Einrichtungen anderer Länder, die sich unser System näher erklären lassen. Bei der RTR Medien sind der Privatrundfunkfonds und der Nichtkommerzielle Rundfunkfonds, der Fonds zur Förderung der digitalen Transformation, der Digitalisierungsfonds, der Fernsehfonds Austria und last but not least die Förderung von Audio-Podcasts eingerichtet. Die KommAustria verfügt über die Presse- und Publizistikförderung und über die Qualitäts-Journalismus-Förderung. Für den demokratischen Diskurs benötigen wir Medien- und Meinungsvielfalt, die auf einem kleinen Markt nicht allein mit Abos und Werbeeinnahmen zu refinanzieren ist. Darüber hinaus fließen Werbegelder in Milliardenhöhe zu international tätigen Online-Plattformen mit Sitz außerhalb Österreichs ab. Das ist längst eine existenzielle Bedrohung für unsere heimischen Medien. Die Produktion von Zeitungen, Radio- oder Fernsehprogrammen ist in einem Land mit ca. 9 Millionen Menschen kaum billiger als in einem Land mit 50 oder 80 Millionen Menschen, die Werbeeinnahmen aber entsprechend geringer. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Medienförderung in Österreich eine entscheidende Rolle spielt, um eine vielfältige, unabhängige und qualitativ hochwertige Medienlandschaft zu erhalten, die für die Demokratie und die Gesellschaft von großer Bedeutung ist.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Martin Wassermair.

Mag. Wolfgang Struber wurde mit 1. September 2022 zum Geschäftsführer der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH für den Fachbereich Medien bestellt. Struber ist seit 1995 in der Medienbranche tätig. Mit dem Aufbau der Radio Arabella GmbH ab 2001 sowie seinem Engagement im Verband der Österreichischen Privatsender und im Verein Digitalradio Österreich, war er maßgeblich an der Einführung des Privaten Rundfunks in Österreich beteiligt.



Foto: rtr / Natascha Unkart

Medienethik in Zeiten der medialen Gereiztheit

von Luis Paulitsch

Ob Liveticker, Podcast oder Reels – die Digitalisierung hat unsere mediale Kommunikation fundamental verändert. Im 20. Jahrhundert besaßen traditionelle Medien wie Zeitungen, Radio oder Fernsehen noch maximale Deutungshoheit und waren damit sogenannte Gatekeeper. Mittlerweile ist es hingegen jeder einzelnen Person möglich, via Blog, Social-Media-Account, etc. eigenständig Nachrichteninhalte zu verbreiten. Schon vor mehreren Jahren beschrieb Bernhard Pörksen diese Entwicklung als *Diskurskrise*: Für uns Leser:innen werde es im Internet immer unklarer, ob hinter einem Artikel eine unabhängige recherchierte Analyse oder eine andere Agenda stehe.

Digitale Gegenöffentlichkeiten

Die Digitalisierung hat zudem einen Anstieg an pseudojournalistischen Formaten befördert. Ab den 2010er Jahren tauchten im Netz vermehrt „Alternativmedien“ auf, die teils hohe Reichweiten auf den sozialen Plattformen erzielen konnten. In Österreich hat sich beispielsweise im Umfeld der FPÖ ein großes Netzwerk an derartigen „Alternativmedien“ gebildet, die regelmäßig wegen Fake News und Desinformation kritisiert werden. Die FPÖ-Medienoffensive entspricht einer globalen Strategie des Rechtspopulismus, über eigene Kanäle im Internet Parallelöffentlichkeiten aufzubauen. In der Konsequenz wird etablierter Journalismus gerne mit dem Label „System-Medien“ oder „Lügenpresse“ versehen.

Der Aufbau von digitalen Gegenöffentlichkeiten beschränkt sich nicht nur auf das rechtspopulistische Lager. Inzwischen verfügen alle politischen Akteur*innen – mehr oder weniger erfolgreich – über eigene Medienprojekte, die eine stark subjektiv geprägte Sichtweise an ihr Publikum vermitteln. In dem Zusammenhang ist häufig von einer Rückkehr oder einem „Boom“ der Parteimedien die Rede. Gerade bei konservativen Parteien ist hier eine bedenkliche Entwicklung zu beobachten: So setzen deren Vertreter immer stärker auf parteinahe Kanäle, die von extrem rechten „Alternativmedien“ inhaltlich kaum mehr unterscheidbar sind – sei es in Deutschland *NUS* oder in Österreich der *eXXpress*.

Daneben richtet sich auch die aufgeheizte Stimmung in den sozialen Medien gegen Journalistinnen und Journalisten: Immer öfter müssen sie aufgrund ihrer Tätigkeit mit Anfeindungen rechnen, ausgelöst von Trollen, Bots oder politischen Aktivist*innen. Der Trend hat sich speziell auf Twitter seit Elon Musks Übernahme noch einmal verschärft. Besonders deutlich wurde dies im Februar 2024, als die Journalistin Alexandra Förderl-Schmid einer tagelangen Hetzkampagne im Netz ausgesetzt war. Mittlerweile schlagen sich die digitalen Angriffe auf Medienschaffende auch im Pressefreiheitsindex von *Reporter Ohne Grenzen* nieder.

Pressefreiheit und Medienethik

Kurzum: Der seriöse Journalismus steht in Zeiten medialer Gereiztheit unter Druck. Die heikle Situation wird durch mehrere Studien untermauert, wonach das Vertrauen gegenüber Nachrichtenmedien in der Bevölkerung sukzessive gesunken ist. Ein Beispiel dafür ist der jüngste Digital News Report mit einem für Österreich bisherigen Tiefstand von 35 %. Hinzu kommt die ökonomische Krise klassischer Medien, vor allem bei Printzeitungen, deren Werbekund*innen zusehends ins Internet abwandern. Demgegenüber werden parteinahe Medienprojekte oft von wohlhabenden Einzelpersonen finanziert, womit ihre Existenz nicht unbedingt vom wirtschaftlichen Erfolg abhängig ist.

Kein Wunder also, dass etablierte Medien schon seit längerem durch Relaunches, neue Formate oder Hilferufe an den Staat auffallen. Bisher mit eher mäßigem Erfolg, wie etwa die Einstellungen mehrerer Zeitungstitel der letzten Jahre zeigen. Viele befürchten „Zeitungswüsten“ wie in den USA, während zugleich PR-Abteilungen immer größer werden. Für die Demokratie eine nicht ungefährliche Entwicklung, wo Medien doch als „Vierte Gewalt“ eine essenzielle Funktion einnehmen (sollten). Was können wir also tun, um unabhängigen Journalismus für die Bevölkerung wieder attraktiver zu machen? Die Frage beschäftigt derzeit die gesamte Branche, die Antworten fallen durchaus kontrovers aus. In einem scheinen sich aber

alle einig: Journalistische Medien werden nur dann überleben, wenn sie (in Abgrenzung zu anderen Projekten) medienethische Prinzipien hochhalten.

„Medienethik“ meint eine Form der angewandten Ethik, die konkrete Handlungsmaximen für die massenmediale Praxis vorgibt. Vereinfacht geht es um die Frage „Wie sollen sich Medien verhalten?“. Insgesamt tragen medienethische Prinzipien zur Glaubwürdigkeit des Journalismus bei, oft werden sie mit Qualitätsstandards in der Berichterstattung gleichgesetzt. Die Medienethik ist im deutschsprachigen Raum durchaus noch entfernt davon, eine einheitliche Wissenschaftsdisziplin darzustellen. In westlichen Demokratien haben sich aber bestimmte normativ-ethische Grundsätze entwickelt, die über das bloße Medienrecht hinausgehen. Auf einige davon soll hier näher eingegangen werden.

Einzelne Prinzipien

An oberster Stelle stehen eine gründliche Recherche und gewissenhafte Wiedergabe seitens des Mediums (*Wahrhaftigkeitsprinzip*). In Zeiten von „Clickbaiting“ lassen sich diesbezüglich negative Entwicklungen beobachten: Immer mehr Medien scheinen dazu verleitet, in Schlagzeilen und Überschriften stark zuzuspitzen, um die Zugriffe auf ihre Seiten zu steigern. Die Motivation, dadurch Umsätze zu generieren, mag zwar nachvollziehbar sein. Bei der Leser*innenschaft wird jedoch einiges an Glaubwürdigkeit verspielt, wenn eine reißerische Aufmachung mit dem eigentlichen Inhalt des Beitrags immer weniger gemein hat. Umso wichtiger ist es, dass journalistische Medien auf ihre Sorgfaltspflichten achten und auf irreführende Methoden verzichten. Im Gegensatz zu hyperparteiischen Medien geht damit auch eine Ausgewogenheit bzw. Distanz in der Berichterstattung einher.

Ein weiteres Prinzip der Medienethik ist der *Persönlichkeitsschutz*. Demnach soll jede Person vor Beleidigungen, Eingriffen in die Privatsphäre oder falschen Darstellungen geschützt sein. Obwohl es hier viele Überschneidungen mit dem Medienrecht gibt, kann der Persönlichkeitsschutz in Zeiten von digitalen Shitstorms und Hate-Speech gar nicht hoch genug gehalten werden. Ebenso wird von den zuvor erwähnten „Alternativmedien“ oft gegen bestimmte Personen gewettert, ohne Rücksicht auf etwaige negative Folgen. Seriöse Medien sollten sich an derartigen aggressiven Kampagnen nicht beteiligen – der Schutz der Menschenwürde muss an erster Stelle stehen.

Die strengeren Maßstäbe der Medienethik zeigen sich auch im Umgang mit werblichen Inhalten: Nach dem österreichischen Mediengesetz müssen nur solche Beiträge als Werbung gekennzeichnet sein, für deren Veröffentlichung tatsächlich bezahlt wurde, was sich in der Praxis selten nachweisen lässt. Demgegenüber verlangt das medienethische *Trennungsgebot* schon dann eine Kennzeichnung, wenn Werbebeiträge vom redaktionellen Teil nicht klar abgegrenzt werden („Schleichwerbung“). Gerade vor dem Hintergrund, dass klassische Medien auf ihre verbliebenen Werbekunden stark angewiesen sind, erscheint das Trennungsgebot wichtiger denn je. Außerdem gelingt damit auch eine Abgrenzung zu den vielen PR-Formaten im Netz.

Medienethik stärken – aber wie?

Es stellt sich die Frage, wer für die Stärkung medienethischer Prinzipien verantwortlich sein soll. In Europa nehmen hier die Presseräte eine tragende Rolle ein: Als Selbstkontrollorgane der Branche entscheiden sie auf der Grundlage von Kodizes, die zahlreiche berufsethische Vorgaben enthalten. Speziell in Österreich genießt der 2010 neu gegründete Presserat vergleichsweise viel Aufmerksamkeit, wie sich zuletzt bei der Berichterstattung über die grüne EU-Spitzenkandidatin Lena Schilling gezeigt hat. Presseräten dürfte somit auch in Zukunft eine wesentliche Funktion zukommen, um ethisch verwerfliche Beiträge zu ahnden.

Allerdings braucht es über die Selbstkontrolle hinaus ein erhöhtes Bewusstsein für Medienethik in der Gesellschaft. Diese Forderung richtet sich einerseits an den Staat, der sich bei Inseraten und Förderungen oft an der Auflage oder Reichweite eines Mediums orientiert. Stattdessen sollten in einer Demokratie nur solche Publikationen gefördert werden, die journalistische Mindeststandards einhalten, was Krawallportale zwangsläufig ausschließen würde. Andererseits müssten auch die sozialen Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, auf denen Hass, Fake News und Verschwörungsmythen nach wie vor omnipräsent sind. Ob und wie hier nachhaltig eine Veränderung gelingen kann, scheint momentan ungewiss. Denkbar wären neue Ethikgremien für soziale Plattformen, wobei diese wohl global agieren müssten – ein eher (noch) unrealistisches Szenario.

Zuletzt ist positiv anzumerken, dass gerade die nichtkommerziellen Sender in Österreich gewillt sind, medienethische Prinzipien zu befolgen. Dies zeigt nicht nur der Umstand, dass viele von ihnen in den letzten Jahren dem Presserat beigetreten sind. Den Freien Sendern könnte beim Thema Medienethik außerdem eine Vorbildfunktion zukommen, weil sie nicht auf ökonomische Überlegungen angewiesen sind, wie z. B. die Steigerung von Zugriffszahlen. Auch hier zeigt sich die Wichtigkeit des nichtkommerziellen Rundfunks für die Demokratie.

Luis Paulitsch ist Jurist, Zeithistoriker und Medienethiker aus Wien. Er war über viele Jahre Referent des Österreichischen Presserats. Seit Sommer 2024 hilft Paulitsch beim Aufbau der DATUM STIFTUNG für Journalismus und Demokratie.



Foto: Thomas Dalby

salz kammer
gut 2024

European Capital of Culture
Bad Ischl Salzkammergut

salz

ohne

ende

© Sophie Köchert

Bis 29/9/2024

Ceija Stojka. Hoffnung

– Das war was uns stärkte

Chiharu Shiota

Wo sind wir jetzt?

→ Ebensee, Ausstellungen

5/9–8/9/2024

New Salt Festival

→ Bad Ischl, experimentelle

Musik

26/9–31/10/2024

European Eyes on Japan

→ Vorchdorf Brauerei, Fotoausstellung

9/10–13/10/2024

Europäisches Theaterfestival

→ Bad Ischl, Aufführungen

HIGHLIGHTS
SEPT – OKT 2024

salzkammergut-2024.at    



mehr
erfahren

Funding Bodies



Top Partner



Destination Partner



Official Partner



Wofür stehen die zwei B in der Medienpartizipation? *Demokratieerneuerung durch Bedeutung und Behauptung*

von Martin Wassermaier

Vorweg ein paar kurze Gedanken zur Demokratie: Man unterscheidet gemeinhin zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. In einer Gemeinschaft bin ich Teil. In der Gesellschaft ist hingegen für mich vorgesehen, dass ich daran teilhabe. Wesentlich ist dabei, dass die Gemeinschaft (Teil-Sein) vom Prinzip der Eintracht getragen ist. Die Gesellschaft (Teil-Habe) wiederum unterscheidet sich davon. Sie braucht die Gegensätze und den Konflikt. Deshalb ist Demokratie weniger mit Gemeinschaft als viel mehr mit Gesellschaft in Verbindung zu bringen. In diesem Zusammenhang lässt sich auch ein Demokratiemodell heranziehen, das Chantal Mouffe sehr stark geprägt hat und von ihr als „agonistisches Demokratiemodell“ beschrieben wird. Sie postuliert Demokratie als einen Austragungsort gesellschaftlicher Konflikte, auf dem unterschiedliche gegensätzliche Gruppen versuchen, politische Hegemonie zu erzielen.

Bei der Demokratie geht es also um Gesellschaft – und um die Vergesellschaftung des Individuums. Das historisch bedeutsamste Projekt der Vergesellschaftung ist die Nation. Sie zielte in der Moderne darauf ab, sehr gegensätzliche Interessen und Gruppierungen unter ein gemeinsames Dach zu bringen, sie in einen Rahmen zu setzen. Vor diesem Hintergrund findet die Metapher der „nackten Demokratie“ Beachtung, wie sie von Isolde Charim verwendet wird. Die Philosophin und Publizistin sieht die Nation in einer Situation des Entschalens, wodurch sie zusehends an Stellenwert einbüßt – vor allem im Hinblick auf ihre Funktion der Vergesellschaftung.

Das geht durchaus auch mit der Erinnerung an Margaret Thatcher in den 1980er Jahren einher. Die britische Premierministerin war, ideologisch eng verbunden mit US-Präsident Ronald Reagan, eine rücksichtslose Antreiberin des neoliberalen Sozial- und Demokratieabbaus. Noch heute klingt einer ihrer zentralen Kampfrufe nach: „There is no Society!“ Thatcher versuchte also nicht nur zu überzeugen, dass es zu ihrem sozio-ökonomischen Programm keine Alternative gäbe („There is no Alternative!“). Nein, sie stellte auch die Gesellschaft an sich radikal in Frage. „There is no Society!“ Dabei zeigen sich die Verwerfungen bis in die Gegenwart in einer weitreichenden Dramatik.

Demokratie als Elitenprojekt

Der Gegensatz von Arm und Reich hat seit jeher den Wellenlauf bestimmt, ebenso wissen wir schon sehr lange vom Gegensatz zwischen Oben und Unten. Was neu hinzukommt, ist ein Gegensatz zwischen Innen und Außen. Immer mehr Menschen fühlen sich abgehängt und nehmen die Demokratie als ein Elitenprojekt wahr. Die Mächtigen, so heißt es oft, könnten es sich richten, während das Wohlbefinden und die Bedürfnisse des Individuums mittlerweile keinerlei Geltung mehr fänden. So stellt sich das neue Innen und Außen dar – mit zunehmend dichotomer Intensität.

Dass Demokratie als ein Elitenprojekt wahrgenommen wird, war vor allem bei den sogenannten Corona-Protesten zu sehen. Die Pandemie, die alle ganz plötzlich in einen Ausnahmezustand versetzte, hat den Regierenden trotz Unkenntnis der Sachverhalte schwierige Lösungen abverlangt. Zahlreiche Menschen fühlten sich dadurch so stark ihrer Grundrechte beraubt, dass sie die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Ausbreitung wie einen Gewaltakt wahrgenommen haben, so als hätte man sie von Innen in ein Außen verstoßen.

Medienaneignung und Beteiligung

Was aber sind nun die Schlussfolgerungen für die Medienaneignung? Dazu ist vorerst festzuhalten: Menschen glauben an die Demokratie, weil sie an ihre Versprechungen glauben wollen! Das erste Versprechen der Demokratie ist die politische Gleichheit. Alle sind gleich, das ist ein unumstößlicher Rechtsanspruch, der in einer Demokratie als allgemein verbindlich erachtet wird. Das zweite Versprechen der Demokratie bezieht sich auf die gesellschaftliche Teilhabe. Der demokratische Zusammenhalt gelingt vor allem unter der Voraussetzung, dass Menschen das verbrieftete Recht erhalten, sich zu beteiligen, mitzugestalten und mitzubestimmen.

Das sind auch die Anknüpfungspunkte der zwei B in der Medienpartizipation: Sie stehen für Bedeutung und Behauptung. Bedeutung meint, Geltung und Gewicht zu haben. Sich zu behaupten hingegen, einer Sache gewachsen zu sein und sich durchzusetzen. Die zwei B können als Parameter dafür herangezogen werden, was unter Medienaneignung bzw. unter Medienarbeit verstanden werden

sollte. Die zwei B, also Bedeutung und Behauptung, sind messbar. Sie sind einerseits zu messen an den Rahmenbedingungen. Dazu zählen globale Ungleichheiten, aktuell insbesondere Migration und Flucht, die Klimakrise und immer öfter auch Krieg und Zerstörung. Soziale Verwerfungen haben ihre Ursachen, wie bereits erwähnt, in einer wachsenden Armut und der damit verbundenen Exklusion – eine enorme Gefahr für die Demokratie.

Bedeutung und Behauptung sind verschränkt. Sie sind messbar und müssen auch an der eigenen Selbstverortung gemessen werden. Und zwar im Sinne dessen, welchen Ort die Medienarbeit einnehmen will – und in welcher Gestalt. Wie sieht das Design aus, das gleichzeitig auch als Mitteilung an die Öffentlichkeit zu verstehen ist? An diesem Punkt kommt eine gewisse Medienkulturgeschichte zum Tragen, weil auch der nichtkommerzielle Rundfunk mit der Netzkulturentwicklung einer digitalen Demokratiebewegung vielfach eng verbunden ist.

Bildsprachen und Narrative

Eine wichtige Rolle spielt zudem die Pluralität audiovisueller Informationen, die Vielfalt der Bildsprachen – denn Demokratie muss sich in pluralen Ästhetiken ebenso beweisen. Das ist insofern von Bedeutung, als die Darstellung selbst auch Botschaften vermittelt. Im Zusammenhang mit der EU-Wahl am 9. Juni 2024 hat sich einmal mehr die Frage nach dem Narrativ gestellt, das uns die Europäische Union näher bringen soll. Warum ist sie für uns überhaupt interessant und wünschenswert? Eines der großen Probleme der EU in den vergangenen Jahren war es, keine Narrative gefunden zu haben. Eine gemeinsame und verbindliche Erzählung, warum es als sinnvoll anzusehen ist, der Europäischen Union anzugehören. Die Medienaneignung in einer zivilgesellschaftlichen Form hat die wirkmächtige Möglichkeit, aktiv in die Produktion von Narrativen einzusteigen – in Verbindung mit Meinungsbildung und Diskurs.

Wer über die Demokratie der Zukunft oder die Zukunft der Demokratie nachdenkt, kommt nicht umhin, ein Schlaglicht auf die redaktionelle Gesellschaft zu werfen, die schon in den vergangenen Jahren insbesondere von Bernhard Pörksen sehr konkret auf den Punkt gebracht wurde. Der deutsche Medienwissenschaftler geht von der Annahme aus, dass wir aufgrund von multiplen Informationseinflüssen und einer bislang nicht gekannten digitalen Beschleunigung mit geradezu „aufschäumenden Aufmerksamkeits-Exzessen“ konfrontiert sind. Alle stehen permanent unter Strom, ein aufgeregtes Dasein in einem ständigen „Hyper, Hyper“, das immer mehr Probleme mit sich bringt.

Vor diesem Hintergrund plädiert Pörksen dafür, den aktuellen Entwicklungen mit neuem Selbstbewusstsein zu begegnen. Namhafte Zeitungen beklagen seit Jahren, nicht mehr die alleinige Torwächterfunktion in den Informationswelten einzunehmen. Die Digitalisierung eröffnet viele andere ernstzunehmende Möglichkeiten, sich zu artikulieren und am öffentlichen Geschehen zu beteiligen. Das bringt auch eine Vielzahl von Chancen im Hinblick auf die Notwendigkeit mit sich, die Diskurskulturen von Grund auf neu zu demokratisieren. Dieser sehr konkreten Utopie zufolge ließen sich zugleich neue Normen und Prinzipien eines öffentlichen Sprechens ableiten, die sich nicht zuletzt die zivilgesellschaftliche Medienaneignung als Maximen zu eigen machen sollte.

Wiedervergesellschaftung

Die Zusammenhänge von Medien, Demokratie und Partizipation sowie Gemeinschaft und Gesellschaft verdienen abschließend allemal kritische Aufmerksamkeit. Die zwei B in der Medienpartizipation, Bedeutung und Behauptung, schaffen dringend erforderliche Perspektiven auf eine Wiedervergesellschaftung. Die Gemeinschaft erlebt dieser Tage eine beunruhigende Hochkonjunktur. Da genügt der Blick nach Deutschland, wo höchst gewaltbereite Traktoren-Demonstrationen auf bedrohliche Weise zu erkennen geben, was mit gemeinschaftlichen Zuspitzungen auf eine Demokratie zukommen kann.

Mit den Community-TV-Stationen und Freien Radios sowie durch die breite Einbeziehung vieler Menschen trägt der nichtkommerzielle Rundfunk wesentlich zur Wiederherstellung von Gesellschaft bei. Die Demokratie gewinnt dadurch einen wichtigen Ort politischer und gesellschaftlicher Aushandlungen, der zugleich Hoffnung gibt, dass sie mit ihren Versprechungen das so wichtige Vertrauen zurückgewinnen kann. Partizipative Medienaneignung wird die Demokratie nicht als Heilsbringerin für alle Ewigkeiten retten. Das macht auch keinen Sinn, denn Demokratie ist jeden Tag aufs Neue zu argumentieren und zu erkämpfen. Der gesamte Sektor des nichtkommerziellen Rundfunks kann allerdings die Versprechen der Demokratie ein Stück weit einlösen – vor allem im Hinblick auf politische Gleichheit und eine gerechte Teilhabe an unserer Welt.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags im Rahmen der Tagung Medien.Partizipation.Demokratie am Freitag, 15. März 2024, im Linzer Wissensturm.

Martin Wassermair ist Historiker, Politikwissenschaftler und Publizist; leitet seit 2016 die Politikredaktion von DORFTV und ist seit 2023 Mitglied im Vorstand von Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich.



Foto: Zoe Goldstein

Freie Medien und die Ambivalenzen der Freiheit *Wer den Begriff besetzt, bestimmt den Diskurs!*

von Georg Ritter

Freie Radios sind unabhängige selbstbestimmte, „offene“ Massenmedien, die nichtkommerziellen, basisdemokratischen Gesellschaftsrundfunk betreiben, der sich kritisch mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzt und nach eigener Aussage die freie Meinungsäußerung fördern soll.

de.wikipedia.org/wiki/Freies_Radio

Wie es um die Freiheit bestellt ist, zeichnet nicht nur die Ambivalenz zu Unfreiheit, sondern auch, dass wir mit sehendem Auge in Berufung auf Freiheit auf repressive Systeme zusteuern. Im vermeintlichen Freiheitsanspruch, wie zum Beispiel einer Impferweigerung, wird mir nix, dir nix folgeschwer eine Zukunft beschworen, in der allen möglichen Regressionen, Rassismen, Ausgrenzungen und Homophobien, unter Berufung auf freie Meinungsäußerung, Tür und Tor offen stehen.

In der Pandemie hat sich ein Ruck und haben sich Gräben auch in den eigenen Reihen aufgetan und mitunter mit Berufung auf reflexartige, antistaatliche Ressentiments und hippieskem Antiestablishment willentlich und unwillentlich das rechte Lager befeuert. Begleitet von Desinformation und Verschwörungsmaythen müssen die Freien Medien Linien beweisen.

Wie aber können „Freien Medien“ ihren eigenen Freiheitsanspruch untermauern und von welcher Freiheit ist da überhaupt die Rede? Was ist das Ziel einer solchen Freiheit? Was sind die Folgen des deklarierten Freiheitsanspruchs („Public Access“) der Freien Medien und der Netzkultur, die in Österreich in den 1970er, 1980er, und schließlich in den 1990er Jahren mit ersten Sendelizenzen dem freien und öffentlichen Zugang zum Rundfunk den Weg bereiteten?

Wie dieser Anspruch unterspült wurde, haben die Tech-Giganten aufgezeigt, die mit freiem Zugang und „Gratiskultur“ eine Datenverwertung von gigantischem Ausmaß und einen vollkommen personalisierten Werbefeldzug losgetreten haben. Ein weiterer Beweis, wie

progressive berechnete Anliegen ins Gegenteil verkehrt werden. Ein emanzipatorisches Engagement „von Unten“ wird „von Oben“ kapitalisiert und global verwertet, und all das mit milliardenfachen freiwilligen Likes und Postings rund um den Erdball.

Aus dem freien Zugang zum Rundfunk, einst vorrangige Position der freien, nichtkommerziellen und gemeinnützigen Medien, ist nun die „usergenerierte“ Variante im Internet geworden: das Spielfeld von Hi-tech-Playern, die ihre Nutzer*innen mit einer Herr- und Fräuschar an Psycholog*innen und Programmierer*innen die Karotte vor die Nase halten, damit sie am Ball bleiben. Eine freiwillige Unterwerfung dem Handy, der bargeldlosen Zahlung, den Internetservices, den sozialen Medien und Messenger-Diensten. Wenn Menschen ihre Selbstbestimmung abgeben, und keinen Zugriff auf die von ihnen generierten Daten mehr haben, ist das ein faustischer Pakt.

Free is when you don't have to pay for nothing
Or do nothing, we want to be free
Free as the wind

lyrics Teen-Age Wind (Frank Zappa)

Die Folgen der Freiheit?

Wenn Freiheit in einem weiten Sinne als die Möglichkeit verstanden wird, ohne Zwang, ohne Verpflichtung und letztlich ohne Grenzen zwischen unterschiedlichen Optionen auszuwählen und entscheiden zu können, was sind die Folgen einer solchen Wahl? Eine grenzenlose Freiheit auf Rädern, das Dogma individueller Mobilität, grenzenloser Waren und Geldverkehr, wenn möglich ohne Besteuerung, die Losung eines totalen Liberalismus, eine grenzenlose Datenverwertung und Überwachung? Des einen Vorteil, des anderen Leid. Ein Schaden an den Ressourcen Mensch und Natur.

Die globalen Auswirkungen eines solchen Freiheitsanspruchs reichen von Ländern, in denen ultraliberale, autoritäre, religiöse Regime herrschen, in denen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt,

Proteste faktisch verboten sind, bis zu jenen Regionen, die die Auswirkungen des Klimawandels verstärkt abbekommen, aus denen die Menschen vermehrt zur Flucht aufbrechen und auf Meere, Mauern und Grenzschutz stoßen. Österreich zuerst, Österreich den Österreichern: ein freizeithiliches Programm.

Aber zurück zu den Freien Medien, die auf dem Konzept der Gegenöffentlichkeit basieren. Habermas wählte den Begriff der „plebejischen Öffentlichkeit“, und Oskar Negt und Alexander Kluge sprachen von „proletarischer Öffentlichkeit“, also nicht von einer Variante bürgerlicher Öffentlichkeit, sondern einer völlig anderen Auffassung von gesamtgesellschaftlichem Zusammenhang und Zusammenhalt. Was aber ist aus den Alternativen und Sozialen Bewegungen – das Spektrum reichte von Vergangenheitsbewältigung, über Umweltschutz bis hin zur Anti-Atomkraft-Bewegung, Frauenbewegung, Mieter*innenvereinen – geworden? In den 2000er Jahren waren Freiheit statt Angst noch der Anstoß für große Demonstrationen für Datenschutz und gegen staatliche Überwachung.

Die Gegner*innen der Freiheit argumentieren heute selbst mit Freiheit, allerdings die Freiheit, die sie für sich selbst beanspruchen. Anderen gegenüber fordern sie noch und schon immer die Unfreiheit: Grenzen, Verbote, Einschränkungen.

Was hat der nichtkommerzielle Rundfunk für einen Umgang mit Meinungsfreiheit und welchen Freiheitsbegriff? Coronaskeptiker*innen, Verschwörungstheoretiker*innen, Putinverstehler*innen finden sich – anders als bei den selbstdeklarierten „Freien Medien“ – vom rechten Rand in den „Freien Radios“ weniger, aber doch auch.

Coronakrise, Ukraine- und Gaza-Krieg erzeugen auch in den progressiven Milieus Irritationen. Es scheint: Je radikaler der Freiheitsanspruch, je energischer der Wille Gegenöffentlichkeit zu sein, je stärker die Ablehnung von Staat, Wirtschaft, Medien und Macht umso eher und umso angreifbarer und letztlich umso unschärfer die Vorstellung von Freiheit. Das Konzept einer Gegenöffentlichkeit nur um der Gegnerschaft willen kann nicht gutgehen.

Vor diesem Hintergrund macht die redaktionelle Gesellschaft, wie Bernhard Pörksen sie als Ausweg zur weiteren Überhitzung und Polarisierung vorschlägt, Sinn. Weil der gesellschaftliche Diskurs sich nicht im unversöhnlichen Aufeinanderprallen von „dafür“ und „dagegen“ erschöpft, sondern den Prinzipien, handwerklichen Regeln und Maximen des – wenn auch zugegeben idealen – journalistischen Arbeitens folgt.

Die Langsamkeit der Freien Medien ist dabei insofern eine Chance, als die Medienschaffenden in diesen Reflexionsschleifen naturgemäß einer tieferen Betrachtung unterliegen, also ein Verdauen in der allgemeinen Aufgeregtheit stattfinden kann.

Georg Ritter, freischaffender Künstler und Medienaktivist lebt und arbeitet in Linz. Mitaufbau von Stadtwerkstatt, Radio Fro, Freies Radio Freistadt und schließlich DORFTV.

Hauenschild Ritter – zeichnen mit Peter Hauenschild.



Foto: Leah Hochedlinger

Demokratie fördern: Zur Relevanz von Community-Medien aus europäischer Perspektive

von Helmut Peissl und Andrea Sedlaczek

Freie Radios und Community TVs bilden nicht nur in Österreich den „dritten Mediensektor“, der sich von öffentlich-rechtlichen und privatkommerziellen Medien abhebt. In ganz Europa identifiziert das Community Media Forum Europe über 2200 Community Radios und über 520 Community TVs, die sich dadurch auszeichnen, dass sie nicht kommerziell ausgerichtet sind und auf lokaler Ebene von Communities für Communities gestaltet werden. In einer Medienlandschaft, die überwiegend von einer kommerziellen Logik geprägt ist, stellt sich für Community-Medien auch in Österreich die Frage, woran sich ihre Leistungen und ihre Qualität abseits des Fokus auf Reichweiten messen lassen.

Eine europäische Perspektive und der Blick auf internationale Institutionen wie den Europarat, das Europäische Parlament, die UNESCO oder die Vereinten Nationen, spielen dabei eine wichtige Rolle. Mit Grundsatzzpapieren, Entscheidungen und Studien zu Community-Medien sorgen diese Institutionen für eine zunehmende Anerkennung der Rolle von Community-Medien in der Gesellschaft und wirken in die nationale Gesetzgebung hinein. Jüngste Beispiele dafür sind die „Joint Declaration on Media Freedom and Democracy“ der Vereinten Nationen mit der OSCE, OAS und ACHPR (2023)¹ und die Erklärung des Europarats zu „Promoting a favourable environment for quality journalism in the digital age“ (2022)². Beide Empfehlungspapiere streichen die Relevanz von Community-Medien für demokratische Partizipation und Qualitätsjournalismus hervor und fordern die einzelnen Länder dazu auf, Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung dieser Medien zu treffen.

Eine neuere Publikation des Europarats und ein laufendes europäisches Forschungsprojekt, in denen das Community-Medien-Institut COMMIT involviert ist, können helfen, Kriterien zu identifizieren, mit denen die zentralen demokratischen Funktionen und Bildungsleistungen von Community-Medien gemessen werden können.

Europarat-Studie zu Community-Medien und sozialer Teilhabe

Im Europarat wird Medienpolitik stets vor dem Hintergrund der Menschenrechte diskutiert. Der Beitrag von Community-Medien zu Medienvielfalt, Qualitätsjournalismus und sozialer Teilhabe wurde im Ende 2022 veröffentlichten Bericht „Community Media – contributions to citizens’ participation“ näher beleuchtet. Basierend auf Fallstudien zu acht europäischen Ländern, darunter Österreich, Deutschland und die Schweiz, identifiziert der Bericht die zentralen Leistungen, die Community-Medien über alle Länder hinweg auszeichnen. Darunter zählen deren Förderung von Vielfalt, Inklusion und Repräsentation, deren Beitrag zur Vermittlung von Medienkompetenz und der Stärkung von sozialem Zusammenhalt und demokratischen Werten. Aufbauend auf den identifizierten Leistungen, aber auch den aktuellen Herausforderungen, vor denen der Community-Medien-Sektor steht, formuliert der Bericht zentrale Empfehlungen zur Anerkennung und Förderung der gesellschaftlichen Leistungen von Community-Medien. Empfohlen wird im Bericht unter anderem die klare Anerkennung von Community-Medien als eigener, dritter, Mediensektor mit ausreichender öffentlicher Finanzierung, die Aufwertung der Freiwilligenarbeit der beteiligten Programmgestalter*innen, sowie die Entwicklung von geeigneten Forschungsmethoden, mit denen diese spezifischen gesellschaftlichen Beiträge von Community-Medien auch adäquat erfasst werden können.

MeDeMAP – Mapping Media for Future Democracies

Mit dem Zusammenhang von Medien und Demokratie im Sinne von Teilhabe beschäftigt sich auch ein laufendes europäisches Forschungsprojekt. Das Projekt „MeDeMAP“³ unter der Leitung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Beteiligung von neun

1 [osce.org/representative-on-freedom-of-media/542676](https://www.osce.org/representative-on-freedom-of-media/542676)

2 search.coe.int/cm/?i=0900001680a5ddd0

3 [medemap.eu](https://www.medemap.eu)

Partner*innen soll klären, welche demokratischen Funktionen unterschiedliche Medien unter welchen Bedingungen für bestimmte Zielgruppen erfüllen und wie Medien nach den aktuellen Bedürfnissen unterschiedlicher Bürger*innen bestmöglich zu gelebter Demokratie beitragen können. Community-Medien, nichtkommerzielle Medien und Minderheitenmedien werden hierbei explizit mitberücksichtigt und als eigener Sektor betrachtet. Im Projekt MeDeMAP werden in 10 Ländern Medienlandschaften, Regulierung und Rahmenbedingungen und Publikumsbedürfnisse sowie Vertrauen in unterschiedliche Medien analysiert.

Nico Carpentier und Jeffrey Wimmer streichen als Autoren des zentralen Theoriepapiers zu Demokratie und Medien (2023)⁴ die Besonderheit von Community-Medien sowohl in Bezug auf die Form als auch im Ausmaß ihres Beitrags zu Repräsentation und Stärkung von Partizipation heraus: Community-Medien erfüllen wichtige demokratische Funktionen wie: unterschiedlichen sozialen Gruppen eine Plattform bieten, diverse Positionen sichtbar machen und einen gesellschaftlichen Dialog zwischen Gruppen ermöglichen. Community-Medien bieten hierbei nicht nur eine Partizipation durch mediale Diskurse und Technologien, sondern eine maximale Partizipation in der Medienproduktion sowohl auf inhaltlicher als auch struktureller Ebene. Damit zeichnen sich Community-Medien explizit aus, da traditionelle Medien nur sehr reduzierte oder minimalistischen Formen der Repräsentation und des Zugangs zur Produktion ermöglichen. Gerade zur Stärkung des Vertrauens in die Demokratie ist es bedeutsam, dass BürgerInnen und Bürger nicht nur Möglichkeiten zur medialen Beteiligung haben, sondern auch bei Entscheidungen zu den Medienstrukturen mitgestalten können.

In einer Zeit, in der die demokratischen Institutionen in Europa zunehmend in Frage gestellt werden, benötigen Bürger*innen Medien, die ihnen helfen, informierte Entscheidungen zur Verteidigung der Demokratie zu treffen. Dazu ist es wichtig, auch auf vertrauensvolle Medien zählen zu können. Nicht zuletzt deshalb wird es von Bedeutung sein, dass die in den Bürger*innenräten formulierten Erwartungen und Forderungen an Medien und deren Regulierung Gehör finden.

Bürger*innenräte zur Rolle von Medien und deren Beitrag zur Demokratie

COMMIT ist als Projektpartner bei MeDeMAP für die Konzeption der vier Bürger*innenräte verantwortlich, die Frühjahr 2025 in Österreich, Irland, Slowenien und der Tschechischen Republik tagen werden. In jedem der vier Länder werden aus einer großen Gruppe von Bewerber*innen 20 Teilnehmende nach Diversitätskriterien ausgewählt und an vier Tagen beraten, welche Bedürfnisse Medien erfüllen müssen, um Themen und Interessen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen widerzuspiegeln und die demokratische Beteiligung zu stärken. Was können die Medienregulierung und Medienpolitik dazu beitragen, um qualitativ hochwertige Inhalte zu gewährleisten? Wie sollten sich Menschen an der Gestaltung von Medien beteiligen können?

Die beteiligten Bürger*innen werden auf Grundlage der Forschungsergebnisse aus MeDeMAP und unter Einbeziehung nationaler Expert*innen beraten und Empfehlungen zur Stärkung der demokratischen Rolle von Medien formulieren und verabschieden. Die Ergebnisse der Bürger*innenräte werden Medienverantwortlichen, politischen Entscheidungsträger*innen und der breiteren Öffentlichkeit in den jeweiligen Ländern vorgestellt. Am Ende des Prozesses werden die Empfehlungen der vier Bürger*innenräte zusammengefasst auch auf EU-Ebene präsentiert und diskutiert. Gerade auf EU-Ebene gibt es bereits sehr große Erwartungen an diese Form und die Ergebnisse der Politikgestaltung durch interessierte Bürger*innen. Es ist zu erwarten, dass die Ergebnisse auch für die Weiterentwicklung von Community-Medien in Europa wesentliche Hinweise liefern werden.

Fazit

Der gesellschaftliche Impact von Community-Medien lässt sich nicht an wirtschaftlich / kommerziell orientierten Kriterien wie Reichweiten messen. Zahlreiche europäische und internationale Publikationen belegen, dass eine Kernfunktion von Community-Medien in der Ermöglichung und Stärkung von demokratischer Teilhabe und in breit gefächerten und niederschwellig zugänglichen Bildungsleistungen liegt, die vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen immer wichtiger werden.

Das noch bis Anfang 2026 laufende Forschungsprojekt MeDeMAP wird wichtige Hinweise und Argumente dafür liefern, warum Medien nicht nur als wirtschaftliche Güter zu sehen sind, sondern als zentrale Voraussetzung für die Stärkung der Demokratie. Die „Politiken der Repräsentation“, die allen Medien inhärent sind, spielen eine ganz wesentliche Rolle bei der Beantwortung der Frage, ob, bzw. welche Gruppen sich in welchen Medien noch wieder finden oder aber vom Diskurs ausgeschlossen fühlen. Für den Community-Medien-Sektor wird MeDeMAP helfen, zukunftsorientierte Forschungsfragen und -methoden zu entwickeln, mit denen der gesellschaftliche Mehrwert von Community-Medien in Europa angemessen weiter erforscht und dokumentiert werden kann.

Helmut Peissl ist Initiator und Geschäftsführer des Community Medien Institut COMMIT und engagiert sich für die Weiterentwicklung und Anerkennung von Community-Medien in Österreich und Europa. Für die RTR, das Bildungsministerium und den Europarat hat er mehrere Forschungsprojekte zu Community-Medien geleitet.



Foto: Fabio Peissl

Andrea Sedlacek arbeitet als wissenschaftlich-pädagogische Mitarbeiterin bei COMMIT in nationalen und europäischen Projekten. Ihre thematischen Schwerpunkte liegen im Bereich Kritische Medienkompetenz in der Erwachsenenbildung, Mehrsprachigkeit in Medien und Nachhaltigkeitskommunikation.



Foto: Fabio Peissl

⁴ medemap.eu/wp-content/uploads/2023/09/MeDeMAP-Deliverable-2.1.pdf

Menschenrechte haben keine gute Presse

von Marion Wisinger

Es ist eine der vielen Garnituren, die in Wien keine Klimaanlage haben. Die U6 fährt über weite Strecken in der Sonne, und in den Nachmittagsstunden ist es fast unerträglich heiß geworden. Frauen mit Einkaufstaschen steigen ein und unterhalten sich in türkischer Sprache, sie tragen Kopftuch und lange Mäntel. Die meisten Fahrgäste schauen aufs Handy, nur ihre Daumen bewegen sich leicht. Es wird gechattet und gescrollt, schnell mal Mails und News checken, die Schlagzeilen überfliegen. *Sie predigen den Gottesstaat: Salafisten in Österreich*, titelt Heute.at, und wer weiterliest, erfährt über *problematische Entwicklungen in der europäischen Gesellschaft*. Der Jahresbericht der Dokumentationsstelle politischer Islam wurde soeben präsentiert, *wir dürfen nicht blind sein*, warnt die österreichische Integrationsministerin. Dem Artikel fehlen jegliche Angaben über das Ausmaß der Verbreitung radikaler Kräfte, er erweckt den Eindruck allgegenwärtiger Gefahr. Kein Wort gilt dem Leben der muslimischen Community in Österreich, unseren Nachbarn, Kollegen und Freunden. Mitten im Text taucht eine Blitzumfrage auf: *Macht Dir der Islam in Österreich Sorgen?* Ein Klick, und das Ergebnis ist da. 88 % finden, *Ja, Kopftücher, Fremdsprachen, Extremismus – das macht mir Angst*; dagegen meinen 9 % der Befragten, *Der Islam gehört zu Österreich. Nur ein paar Wenige treiben es zu weit*. 3 % sagen, *Ich bin selbst Moslem und finde die Entwicklungen gut*.¹ Die türkischen Frauen sind bereits ausgestiegen, nun drängen Schüler in den Wagen. Sie diskutieren über die Bluetooth-Funktion eines digitalen Gebetszählers, den einer als Ring am Daumen trägt. *4 Euro auf Ebay, den gibt es in allen Farben*, sagt der stolze Besitzer.

Es ist offensichtlich. Bestimmte Bevölkerungsgruppen werden in der Berichterstattung häufig negativ dargestellt. Von Ausgewogenheit und journalistischer Sorgfalt kann keine Rede sein, die verzerrte Darstellung der Realität hat jedoch gravierende Folgen für die Gesellschaft. Beispielsweise leben in Österreich an die 40.000 Tschetschenen, die aus ihrer devastierten Heimat fliehen konnten. Sie zählen zu den von medialer Stereotypisierung am meisten betroffenen Gruppen. Da werden Polizeiberichte zitiert, ganz nach Belieben der Redaktion bestimmte Fakten hervorgehoben – und andere verschwiegen. Dass „Austro-Tschetschenen“ werktätig sind, ihre Kinder in die Schule gehen und eine Lehre absolvieren, gerät selten in das Blickfeld der Leserschaft. Positive Aspekte, wie jüngst in einer Studie zu lesen, *sie fühlen sich trotz einer vielfach starken Verbindung zur tschetschenischen Kultur als Teil der österreichischen Gesellschaft und betrachten Österreich auch als ihr Zuhause*,² kommen kaum vor. Cui bono, fragt man sich, und weshalb geben sich Redakteure dafür her, durch einseitige Berichterstattung Menschen zu stigmatisieren? Sie verschaffen somit jenen politischen Kräften Aufwind, die existierende soziale Problematiken im Grunde nicht lösen möchten, sondern als Vorwand nutzen, um Menschenrechte einzuschränken. Von der Abwertung zur Diskriminierung ist es gedanklich nicht weit. Dies führt zu Widerstand in der zweiten und dritten Generation der

1 heute.at/s/sie-predigen-den-gottesstaat-salafisten-in-oesterreich-120048351

2 Lebensrealitäten und Integration von Tschetschen/innen in Österreich, Forschungsbericht Österreichischer Integrationsfonds, 2024

Migranten. Es kommt zu Schulverweigerung, Bandenmitgliedschaften, Abdriften in islamistisches Milieu und der Ablehnung demokratischer Werte, was wiederum die negative Berichterstattung befeuert. Dabei wird bei der Jagd nach den Klicks, die den Marktwert der Boulevard-Blätter steigern sollen, vergessen: Die Medien sind von den Folgen einer Politik, die Menschenrechte demontiert, als erste und direkt betroffen.

Pressefreiheit ist eine zentrale Errungenschaft der Demokratie. Doch die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ konstatiert, dass in Europa die Jahresbilanz zur Lage der Pressefreiheit zunehmend betrüblich ausfällt. Ein wesentlicher Faktor dafür ist der Regierungsantritt rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien, wie im Jahr 2010 in Ungarn. Schritt für Schritt wurden die Presseagenturen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und Nachrichtenportale in einer staatlichen Medienholding zentralisiert, während die regionale Presse von Orbán-freundlichen Unternehmen in Besitz genommen wurde. Unabhängige Medien brachte man auf Linie und setzte kritische Journalisten auf *schwarze Listen*. Mit der von Staaten zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität eingesetzten Spyware „Pegasus“ konnte auf Daten in den Redaktionen zugegriffen werden. Orbáns Politik gilt rechtspopulistischen Parteien in Europa als Vorbild. Sein Modell der illiberalen Demokratie, in der zwar Wahlen stattfinden, sich die Wahlsieger aber nicht an das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit halten, kommt zunehmend in Mode. Österreichische Medien, die durch ihre Aufmachung rechtspopulistische Feindbilder gesellschaftsfähig machen, leisten dem Verfall der Demokratie und zukünftigen Menschenrechtsverletzungen, vor allem aber ihrer eigenen Entmündigung, Vorschub.

Es war ein rauschendes Fest im Belvedere anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Gratiszeitung. *Wenn „Heute“ lädt, dann kommen alle, die in dieser Republik Rang und Namen haben*, die Fotostrecke tags darauf zeigte den Kardinal, der jeden Freitag eine Kolumne schreibt, den Bundeskanzler, alle Parlamentspräsidenten, sechs Minister und zwei Staatssekretärinnen, einige Landeschefs und Parteivorsitzende. Auch die Wirtschaft feierte kräftig mit, da waren Verbund, Hofer, Lidl, Casinos Austria, Novomatic, Energie AG, Vienna Insurance Group, Oberbank, Gesiba und andere Investoren. Die Kollegen anderer Medien gratulierten zahlreich. Der Medien-Marktführer sei *wirtschaftlich erfolgreich und daher unabhängig*, betonte die langjährige Herausgeberin in ihrer Festrede. Sie sprach dann über *rechten und linken Populismus* und über *fundierte Information und neutralen, gut recherchierten Journalismus*. An diesem lauen Sommerabend einige Wochen vor der Nationalratswahl spielte die Geigerin Lidia Bach auf, und am Büffet wollten die geladenen Gäste nichts davon wissen, was für einen Schaden der Boulevard durch jahrzehntelanges Schüren der Angst vor ausländischen Mitbürgern und die Relativierung von Menschenrechten an der Demokratie angerichtet hat. War es der Champagner oder die laue Sommernacht, es ertönte Applaus, als die Herausgeberin die *ideologisch gefärbte Berichterstattung in sogenannten Qualitätszeitungen* kritisierte, und ihre Sorge darüber artikulierte, *dass immer mehr Menschen an rechte und linke Ränder rücken*. Eine verkehrte Welt mit hoher Auflage.

Andere beliebte Medien-Formate agieren ähnlich. Der österreichische Privatsender Servus-TV, während der Fußball-Europameisterschaft Quotensieger, bringt täglich migrationskritische Aussagen und autoritäre Lösungsvorschläge in seinem Programm. Gegenpositionen, wie das Menschenrecht auf Asyl, finden wenig Resonanz. Besonders auffällig ist der Sprachgebrauch der geladenen Experten, die zwar als neutral vorgestellt, durchaus Nähe zu einschlägigen politischen Einrichtungen aufweisen. Da geht es um die *Brüsseler Blase, Mitte-links-Dominanz, Islamismus* und *linke Mainstream-Medien*.³ Der Begriff Menschenrechte als historische Errungenschaft, als universelles Recht auf ein würdiges Leben für alle, ist längst nicht mehr im Vokabular enthalten.

Ob Journalisten traditioneller oder digitaler Medien, seriöser Blätter oder der Yellow Press, sie alle sollten auch an diejenigen Kollegen denken, die ihr Leben riskieren, um Informationen weiterzugeben und internationale Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen zu erlangen. Medien sind die effektivste Anwaltschaft der Menschenrechte. Als Plattform für Kampagnen können sie Regierungen dazu bringen, Gesetze einzuhalten, Minderheiten zu schützen und Menschenleben zu retten. In den letzten Jahren geriet investigativer Journalismus, der Missstände, Korruption und Menschenrechtsverletzungen aufzeigen möchte, zunehmend in Misskredit. Aufsehenerregende Projekte wie die „Panama Papers“, an denen über 370 Journalisten aus 80 Ländern arbeiteten, um systematische Steuerhinterziehung durch Politiker nachzuweisen, zeigen die Macht des Journalismus bei der Aufdeckung von Ungleichheit. Doch der Begriff *Lügenpresse* macht die Medien zunehmend mundtot. Die Hetze gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der zerschlagen werden soll, gegen *zartrosa Redaktionsstuben* und kritische Journalisten, die als *Jagdgesellschaft* bezeichnet werden, sind als Gefahr für die Demokratie einzuschätzen. Medien und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden, die Medien als Wächter, die Menschenrechte als Garant für Meinungsfreiheit. Kaufen wir wieder Zeitungen, gute Information ist keine Gratisware, sondern hat einen Wert. Scrollen oder rascheln wir damit, stecken wir die News in die Hosentasche, kühlen wir die Bierflaschen beim Picknick oder lösen wir Kreuzworträtsel. Und fordern wir Klimaanlagen in öffentlichen Verkehrsmitteln.

3 Analyse der Nachrichteninhalte während der Fußball-Europameisterschaft: moment.at/story/servustv-nachrichten

Marion Wisinger ist Historikerin und Autorin, Präsidentin des Österreichischen PEN-Clubs, Vorstandsvorsitzende des Wiener Forums für Demokratie und Menschenrechte, Chefredakteurin des Liga-Magazins für Menschenrechte, Trainerin der politischen Bildung.; lebt in Wien und Bad Goisern. zeitweise.at



Foto: Günter Pichloster

Wenn im Netz doch alles gratis ist? Warum es den Offenen Zugang im Freien Radio und Community TV trotzdem braucht!

von Julia Müllegger

Eine eigene Sendung im Freien Radio. Etwas Vergleichbares hat es lange nicht gegeben. Im Netz kann jede*r heute nahezu alles veröffentlichen, unzensuriert und praktisch unreglementiert, wie bei X oder Telegram. Das Alleinstellungsmerkmal „open access“ ist spätestens mit dem Aufstieg der Sozialen Medien in Frage gestellt. Ist der Offene Zugang deshalb obsolet? Nein. Aber es braucht eine Schärfung. Und es ist gut, von Zeit zu Zeit darüber nachzudenken, worin Qualität, Eigenheit und Notwendigkeit des Offenen Zugangs in den Freien Radios und Community TVs eigentlich bestehen.

Nur scheinbar gratis

Der Offene Zugang im Freien Radio und im Community TV unterscheidet sich von Plattformen wie X-Threads und YouTube dadurch, dass weder Inhalte („Sendungen“), noch User*innen („Sendungsmacher*innen“) kommerziell verwertet werden. Wir stellen nichts in Rechnung. Wir horten und verkaufen keine Daten. Der, wie es im KommAustria-Gesetz zu den Besonderheiten (und Förderbedingungen) „nichtkommerzieller Rundfunkveranstalter“ heißt, „offene Zugang der Allgemeinheit zur Gestaltung von Sendungen ihres Programms“ ist und bleibt kostenlos. Die Mittel dafür (Infrastruktur, Betreuung, Ausbildung, Technik, ...) stellt, wenigstens zu einem Teil, über den „Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks“ die Republik Österreich.

Soll der Staat etwas finanzieren, das im Netz ohnehin gratis ist? Solchen Fragen begegnet man im medienpolitischen Diskurs immer wieder. Erstens sind die scheinbaren Gratisangebote mittlerweile praktisch alle mit Werbung zugespästert oder überhaupt kostenpflichtig. Die vor 20 Jahren als „Prosumer*innen“ bezeichneten Nutzer*innen dieser Plattformen sind zu „Subscriber*innen“ und „Abonent*innen“ geworden. Die Möglichkeit, Inhalte zu verbreiten, hängt zunehmend davon ab, ob man bereit ist, dafür zu zahlen. Dies hat Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und die Relevanz der eigenen Meinung. Die kommerzielle Nutzung der eigenen Daten und die Werbewertung der eigenen Inhalte sind in dieser Rechnung noch gar nicht berücksichtigt. Demgegenüber ist und bleibt der Offene Zugang im Freien Radio (und übrigens auch die

damit einhergehende digitale Verbreitung als Podcast) kostenlos. Niemand soll, kann oder muss mehr zahlen, um gehört oder gesehen zu werden.

Holen wir uns die Grundrehtediskussion zurück!

Während im Netz, am Stammtisch und auf einschlägigen Privatsendern scheinbar alles erlaubt ist, wird gleichzeitig beklagt, dass man nicht mehr alles sagen darf. In den 1990er Jahren setzten sich – abgesehen von einer Handvoll Kellernazis (Stichwort: Verbotsgesetz) – hauptsächlich Künstler*innen, Medienaktivist*innen und linke Radiopiraten*innen öffentlich für mehr Meinungsfreiheit ein. Heute kommt der Ruf nach „Freiheit“ überwiegend von rechtsradikalen Kreisen und dem rechten Mainstream. Die Diskussion um das demokratische Grundrecht der Meinungsfreiheit wurde von der Forderung nach dem „Alles-sagen-dürfen-was-man-sich-denkt“ verdrängt und diskreditiert. Umso mehr muss den rechten, den libertären und in letzter Konsequenz immer auch autoritären Entwürfen des „Alles-sagen-könnens“ ein demokratisches, ein inklusives, ein progressives Modell von Meinungsfreiheit (und eine Diskussion darüber) gegenübergestellt werden. Und ein solches progressives Gegenmodell zum Unrecht, Hass zu verbreiten, ist der Offene Zugang in den Freien Radios.

Die redaktionelle Gesellschaft: Es gibt sie längst
Vor einigen Jahren machte die von Bernhard Pörksen formulierte „konkrete Utopie“ einer „redaktionellen Gesellschaft“ die große feuilleton- und konferenzenfüllende Runde. Er postulierte, dass medienmündige Bürgerinnen und Bürger in einen Diskurs über den Zustand und die Entwicklung der Welt eintreten sollen. Was Pörksen und seine Anhänger als Ei des Kolumbus feierten, ist ein Grundprinzip des nichtkommerziellen Rundfunks, das bereits seit vielen Jahrzehnten verfolgt wird. Das sonst passive Publikum als aktive Sendungsmacher*innen. Es geht aber nicht um Influencer*innen, Hassbotschafter*innen oder Troll-Armeen, sondern um Partner*innen auf Augenhöhe im Dialog. Der Offene Zugang in den Freien Radios ist ein Paradebeispiel für eine redaktionelle Gesellschaft, die vielfältige Perspektiven, demokratische Teilhabe und politische Bildung stärkt.

Eine Breite und Tiefe, die es sonst nicht gibt

Kommerzielle Medien bevorzugen inhaltlich irrelevante oder stark simplifizierte Themen, die eine Menge Klicks und hohe Einschaltquoten generieren. Freie Radios hingegen sind durch inhaltliche Vielfalt und tiefgehende Diskussionen gekennzeichnet. Durch das ehrenamtliche Engagement unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – diverse Generationen, soziale Schichten und Bildungswege & Muttersprachen – schaffen sie Raum für unterrepräsentierte Themen, die in anderen Medien nicht vorkommen. Auch, oder besser, gerade das macht Meinungsvielfalt aus. Mit begrenzten Mitteln produzieren sie in überwiegend ehrenamtlichen Redaktionen qualitativ hochwertige Programme, die den Vergleich zum hundertfach besser dotierten ORF nicht scheuen müssen. Es fällt auf, dass diese Tiefe zunehmend dort bedroht ist, wo man sie am ehesten vermuten würde, beispielsweise bei den regelmäßigen Diskussionen über Programmreformen im ORF. Diese können als Versuche gedeutet werden, Programme wie Ö1 oder FM4 für eine breitere Masse zurechtzubiegen.

Von digitalen und sozialen Räumen

Freie Radios sind nicht nur ein Medium der Informationsverbreitung, sondern auch soziale Räume, die der Gemeinschaft zugutekommen. Sie bieten Plattformen und reale Orte, an denen Menschen zusammenkommen und gemeinsam an Ideen, Projekten, Sendungen, Protesten und Initiativen arbeiten können. Dies fördert den sozialen Zusammenhalt und bietet eine wertvolle Gelegenheit zur persönlichen Weiterentwicklung und Bildung. In einer zunehmend digitalisierten und anonymen Gesellschaft bieten Freie Radios einen physischen und sozialen Ankerpunkt, der den Unterschied zu den digitalen Kanälen im Netz ausmacht. Gerade für die junge Generation stellen Freie Radios zwar kein Versprechen dar, als Influencer*innen (scheinbar) viel Geld zu verdienen, bleiben aber aus anderen Gründen relevant. Sie ermöglichen den Einstieg in die Medienarbeit und bieten eine offene und wertschätzende Community. In einer Zeit, in der die digitalen sozialen Medien zwar Beruf und Alltag dominieren, die soziale Isolation aber zur Herausforderung wird, bieten Freie Radios einen Ort der Begegnung und des Austauschs. Hier können junge Menschen ihre Themen kritisch beleuchten, Neues lernen und Teil einer vielfältigen Gemeinschaft werden.

Ohne Verwertungslogik, aber nicht ohne Logik!

Inhalte, die keine kommerziellen Ziele verfolgen, die keine Reichweiten und keine Klicks anstreben und nicht auf die Bedürfnisse einer Zielgruppe zugeschnitten sind, mögen unzeitgemäß wirken. Aber sollten wir uns nicht fragen, was es für eine zunehmend fragmentierte, kleinteilige und gesplante Gesellschaft bedeutet, wenn die Verbreitung von Informationen lediglich erfolgt, damit die vielzitierten „werberelevanten Zielgruppen“ und eine „massenmediale Wirkung“ erreicht werden? Welche Medienangebote bleiben übrig, wenn allein der „Markt“ entscheidet? Und welche Auswirkungen hat es auf die Medien- und Meinungsvielfalt, wenn Algorithmen und KI-Systeme nicht nur die im Radio gespielte Musik auswählen, sondern auch Wetter- und Sportberichte und bald auch politische Informationen und Nachrichten produzieren?

Eine Vielfalt ohne die Freien Medien?

Wie wäre es um die Medienvielfalt bestellt, wenn es keine Freie Radios, kein DORF-TV gäbe? Die aktuelle österreichische Medienpolitik hat mit zahlreichen lobenswerten Zielen, die in den Regierungsvorlagen nachzulesen sind, einiges auf Schiene gebracht. Dazu zählen unter anderem die „Belebung der Medienlandschaft“, die „Erbringung eines hochwertigen und vielfältigen Programmangebots“ sowie die „Stärkung der Inhaltsvielfalt“. Bemerkenswert ist, dass es gerade der Offene Zugang im nichtkommerziellen Rundfunk ist, der diese Ziele erreicht. Freie Radios stellen eine Alternative dar, die mit geringem finanziellen Aufwand eine Vielzahl von Stimmen zu Gehör bringt, einen hohen Mehrwert generiert und die Vielfalt der Medienlandschaft bereichert. Zudem sind Freie Radios in der Lage, demokratische Medien zu sein, die auch Kritik und Konfrontationen nicht scheuen. Dies stellt eine Wiederbelebung der Medienlandschaft dar, die frische und unkonventionelle Perspektiven bietet und gleichzeitig den Bedürfnissen und Hörgewohnheiten ihrer Zielgruppe entspricht und andere herausfordert.

Über viele Jahre wurde der Offene Zugang in den Freien Radios als eine notwendige Bereicherung und publizistische Ergänzung erklärt. Veränderungen der Medienlandschaft im letzten Vierteljahrhundert bestätigen die Notwendigkeit des Offenen Zugangs in der europäischen Medienlandschaft. Er stärkt Meinungsvielfalt und demokratische Teilhabe und bietet sozialen Mehrwert.

Julia Müllegger lebt gern im ruralen Kulturraum. Sie leitet das Freie Radio Salzkammergut und engagiert sich im Kulturverein Kino Ebensee. Kultur- und Medienpolitik stehen neben regionaler, kultureller Entwicklung im Fokus ihrer Arbeit.



Foto: Wolfgang Stadler

Positive Ansätze und existenzielle Bedrohung: Erwartungen an die Medienpolitik

von Valentin Lischka

Wie bewerten die Interessenvertretungen privater und nicht-kommerzieller Rundfunksender die abgelaufene Regierungsperiode, welche Herausforderungen stehen an, welche Forderungen werden an die nächste Regierung gerichtet? Das wollten wir von Helga Schwarzwald (Geschäftsführerin VFRÖ – Verband Freier Rundfunk Österreich), Corinna Drumm (Geschäftsführerin vÖP – Verband Österreichischer Privatsender) und Gabriele Kepplinger (LDFM – Land der Freien Medien, Geschäftsführerin DORFTV) wissen.

Für Helga Schwarzwald ist das Datum unseres Gesprächs ein besonders erfreuliches: „Heute wird die Erhöhung des Fördertopfs für den nichtkommerziellen Rundfunk im Nationalrat beschlossen. Nach einer Erhöhung des ‚Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks‘ (NKRF) in 2022 von drei auf fünf Millionen wird nun erneut aufgestockt – auf 6,25 Millionen. Nach langer Stagnation konnten diese mehr als notwendigen Erhöhungen erreicht und so die existenziell bedrohliche Unterfinanzierung deutlich abgemildert werden. Dementsprechend geht es uns aktuell gut.“ Der NKRF habe sich sehr positiv auf die Programme, Inhalte und Qualität der nichtkommerziellen Sender ausgewirkt. „In Österreich wird traditionell viel gejammert, mir ist es wichtig, auch die positiven Seiten hervorzuheben“, sagt Schwarzwald. Die grüne Regierungsbeteiligung hätte medienpolitisch einiges zum Positiven bewegt. „Nicht zuletzt wurden lange unangetastete Maßnahmen wie etwa das Informationsfreiheitsgesetz umgesetzt, als direkte Folge wird Österreich im internationalen Ranking zur Informationsfreiheit endlich nicht mehr auf den letzten Rängen landen.“

Der brutale Kampf um Aufmerksamkeit

Trotz Fördererhöhung stehen die Sender vor Herausforderungen. Waren die freien Sender in den 90er-Jahren noch Digitalisierungsvorreiter, konnte man in den vergangenen Jahren bei der von Big-Tech-Konzernen getriebenen Entwicklungsgeschwindigkeit größtenteils nur zusehen. „Unternehmen wie Alphabet oder Meta geben weltweit durch ihre gewaltige finanzielle Power und Innovationsmacht bei technologischen Entwicklungen in der Branche den Ton an“, sagt Schwarzwald. „Der gesamte Untergrund, auf denen Medien eigentlich gebaut waren, wurde massiv umgegraben, traditionelleren, analogen Medien dadurch regelrecht der Boden unter den Füßen weggezogen.“ Die ständige technologische Weiterentwicklung und das Reagieren auf den Innovationsdruck sei nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine konzeptuelle

Herausforderung. Schwarzwald spricht von einem „brutalen Kampf um die Aufmerksamkeit“, für den nichtkommerziellen Anbietern das Budget fehle. Wie schwierig es sein kann, den technischen Fortschritt voranzutreiben, weiß auch Gabriele Kepplinger vom Land der freien Medien (LDFM) und Geschäftsführerin bei DORFTV. „DORFTV ist als Hybrid zwischen Onlineplattform und Fernsehsender ein sehr technisches Projekt, die technologische Weiterentwicklung muss kontinuierlich stattfinden und muss finanziert werden“, sagt sie. Die Erhöhung des NKRF ist für Kepplinger „sehr erfreulich. Dabei kann es aber nicht bleiben.“ Fair Pay ist im Sektor ein großes Thema. In oö entstehe mit dem Freien Radio Innviertel gerade ein weiteres Radio. Da sei auch das Land oö gefordert.

„Politik hat Gefahr der großen Onlineplattformen verstanden“

Auch kommerzielle Sender kommen durch die Big-Tech-Konzerne immer stärker unter Druck. „Die großen Onlineplattformen ziehen mittlerweile mehr als zwei Milliarden Euro an Werbeerlösen aus dem österreichischen Markt ab“, erzählt Corinna Drumm, Geschäftsführerin des Verbands Österreichischer Privatsender (vÖP). Dieses Geld fehlt privaten Medien. „Kommerzielle Sender finanzieren sich zu rund 95 Prozent aus Werbung, je mehr Werbegeld aus Österreich abgezogen wird, desto schwieriger wird es für uns, Inhalte zu finanzieren.“ Die Big-Tech-Konzerne würden hierzulande kaum wirtschaftliche Wertschöpfung leisten oder Arbeitsplätze schaffen. Drumm: „Auch aus publizistischer Sicht entsteht kein Mehrwert durch die Social-Media-Plattformen, eher im Gegenteil – die von Algorithmen verbreiteten Inhalte sorgen mit Fake News und Hassrede oft für Spaltung.“ Die durch die Marktmacht der Big-Tech-Konzerne entstehenden Probleme seien für die heimische Medienlandschaft existenziell bedrohlich, aber auch eine „nicht zu vernachlässigende“ Gefahr für die demokratische Grundstruktur. Dennoch ist es für Drumm – ähnlich wie für Schwarzwald – wichtig, auch positive Entwicklungen zu betonen. „Die Politik hat die Gefahr der großen Onlineplattformen erkannt und verstanden“, sagt sie, „diesbezüglich passiert einiges auf EU-Ebene und auch in Österreich, das muss man anerkennen.“ Positiv ist für die Geschäftsführerin naturgemäß die Aufstockung der Förderungssumme für kommerzielle Sender im neuen Medienpaket der schwarz-grünen Regierung von 20 auf 25 Millionen Euro – die eine Art Inflationsausgleich darstellt. Auch die kürzliche Aufstockung des Digitalisierungsfonds (bisher 500.000 Euro,

nun 1,5 Millionen Euro) sei für den Markt „wichtig aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen“. Die Gelder sollen Sender dabei unterstützen, Übertragungskosten für Digitalradios (DAB+) abzufedern. „Gut gelungen ist auch der Schritt, die Zulassungsvoraussetzungen für DAB+ zu lockern, das hat sich positiv auf die Vielfalt am Markt ausgewirkt.“ Seit dieser Liberalisierung hat sich das DAB+ Senderangebot 2024 um 30 Sender erweitert.

Wunsch nach demokratiepolitisch orientierten Förderungen

Was erhoffen sich die Interessensvertreterinnen medienpolitisch für die kommende Legislaturperiode? „Die Transparenz der Inseratentätigkeit der Regierung und regierungsnahen Organisationen sollte verbessert werden“, sagt Schwarzwald. Auch die Medienförderung ist für sie inhaltlich verbesserungswürdig, es gelinge nicht, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden. Um Pressefreiheit- und Vielfalt weiter zu stärken, wünscht sich Schwarzwald demokratiepolitisch orientierte Förderungen, mit denen unabhängige Medien weiter gestärkt und Diversität in Medien erhöht werden könne. „Etwa Diversität als Förderbedingung.“ Ein wichtiges medienpolitisches Instrument zur technologischen Weiterentwicklung sei der „Fonds zur Förderung der digitalen Transformation“ – der aber zu stark auf finanzkräftige, gewinnorientierte Fördernehmer ausgerichtet sei. „Bei einem Mindestantragsvolumen von 300.000 Euro und einer Fördersumme von maximal 50 Prozent sind kleine Radios komplett von der Förderung ausgeschlossen.“ Wichtig sei nach wie vor eine Gremienreform des ORF. DORFTV-Geschäftsführerin Gabriele Kepplinger erwartet sich von der kommenden Regierung stärkere Maßnahmen gegen „demokratiezerstörende Desinformation“, die online stattfindet. Auch vÖP-Geschäftsführerin Drumm erhofft sich eine stärkere Regulierung von Onlineplattformen. „Es sollte mehr Steuergerechtigkeit hergestellt werden und Plattformen sollten stärker für die auf ihnen verbreiteten Inhalte verantwortlich gemacht werden – durch eine bessere Kontrolle und strengere Sanktionen“, sagt sie, wichtig sei es auch, digitale Plattformen zu verpflichten, österreichische Medien leichter sichtbar und auffindbar zu machen. Im Rückblick auf die Legislaturperiode ist Drumm nicht zufrieden damit, in welcher Art und Weise das ORF-Gesetz umgesetzt wurde. „Mehr finanzielle Mittel und mehr Freiheiten für den öffentlich-rechtlichen Onlineauftritt haben starke negative Auswirkungen auf private Sender und erschweren ihre Finanzierung“, sagt sie. Die Novelle habe den ORF gestärkt, den Medienstandort als Ganzes hingegen nicht – „ganz im Gegenteil“.

Vernetzung und Community-Arbeit wichtiger denn je

Welche Rolle wird der nichtkommerzielle Rundfunk in Zukunft in der heimischen Medienlandschaft spielen? „Gerade in Zeiten der zunehmenden Polarisierung und einer zunehmend radikalisierten Gesellschaft können wir viele Aspekte beitragen und etwa die demokratische Mitsprache stärken“, sagt Kepplinger. Das Ziel sei es, weiterhin den Menschen eine Stimme zu geben, sie zu Wort kommen zu lassen, zu bilden. Kepplinger: „Bei uns geht es nicht um Gewinnmaximierung durch Aufmerksamkeit, wir

können Informationen um der Information willen Raum geben.“ Ein Beispiel dafür sei etwa die Sendereihe „Das Dreieck – Politik und Debatte im Community TV“ anlässlich der Wahlen im Herbst. „Gäste sind nicht Politiker*innen, sondern Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, die Stellung beziehen.“, erklärt Kepplinger. Damit dieser Ansatz funktioniere, sei permanente Betreuung der eigenen Netzwerke und Community-Arbeit wichtiger denn je. Schwarzwald ist der Überzeugung, dass die Bedeutung der nichtkommerziellen Sender in einer repressiver werdenden politischen Umgebung neu bewertet werden muss. „Wenn es eng wird, wird sich unter Beweis stellen, was wir leisten können indem wir Samen säen, Beispiele zeigen, Gegenmodelle kultivieren, ermöglichen, stärken und Diskurse der Zivilgesellschaft verstärken, den Wert und die Diversität jedes einzelnen Menschen wirklich erfahrbar machen.“

Der vFRÖ ist die Dachorganisation und Interessenvertretung des Nichtkommerziellen Rundfunks und umfasst derzeit alle 14 Freien Radios und 2 Community TVs.
freier-rundfunk.at

Der vÖP ist die Interessenvertretung der privaten Radio- und TV-Sender.
voep.at

Das Land der Freien Medien (LDFM) ist der informelle Zusammenschluss der Freien Radios in OÖ (Radio FRO, Freies Radio Salzkammergut, Freies Radio Freistadt, Freies Radio B138, Freies Radio Innviertel) und DORFTV.

Valentin Lischka hat in der Vergangenheit als Redakteur gearbeitet, ist aktuell für die Kommunikation des Festivals der Regionen verantwortlich, interessiert sich neben Medien besonders für Subkulturen und begeistert sich für gutes Essen. In der Freizeit bei Spaziergängen oder in schattigen Gastgärten anzutreten, als Linzer großer LASK-Fan.



Foto: privat

Kulturjournalismus – eine Aufgabe mit Potenzial?

von *Christine Haiden*

Im Jahr 2007 geht der Journalist-Report I von ungefähr 400 Journalist*innen aus, die in Österreich in Kulturressorts tätig sind. 2020 sind es noch 270, davon 180 mit Schwerpunkt Kulturberichterstattung. Was subjektiv wahrgenommen wird, lässt sich also auch in Zahlen fassen: Die Zahl der journalistisch mit Kulturagenden Befassten wird kleiner. Damit ist noch nicht formuliert, wer Kulturjournalist*in ist und was redaktionell tatsächlich in Kulturfragen gemacht wird.

Das Bild ist divers und in einer beständigen Veränderung. Das hängt mit dem Berufsbild selbst zusammen, aber auch mit den gravierenden Veränderungen im Medienmarkt.

Kultur in den Redaktionen

In Redaktionen, wie beispielsweise dem ORF Oberösterreich, werden Ressorts zunehmend aufgelöst. Wohl ist eine Person Anlaufstelle für Kulturagenden, die Berichterstattung selbst wird aber nach aktuellen Erfordernissen in der Redaktion verteilt. So bleiben im ORF OÖ eine teilzeitbeschäftigte Kulturredakteurin und ein freier Mitarbeiter als Kern der Kulturredaktion. Die „Kronen Zeitung“ leistet sich in Oberösterreich eine Vollzeit-Kulturredakteurin und einige freie Mitarbeiter*innen, die auf Zeilenhonorar schreiben. Das „Neue Volksblatt“, seit Jahresbeginn nur mehr online verfügbar, deckt mit einer Redakteurin, die aber auch andere redaktionelle Agenden übernehmen muss, und einer Reihe freier Kolleg*innen das Thema ab. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ beschäftigen derzeit noch fünf Personen im Kulturbereich, wobei damit auch die wöchentliche Beilage „Was ist los?“ abgedeckt wird. Eine Redakteurin für Kulturagenden leistet sich noch die „Kirchenzeitung der Diözese Linz“. In anderen Print- und Online-Redaktionen werden Kulturagenden wahrgenommen, aber nicht dezidiert als Ressort gestaltet. Rege Kulturformate finden sich bei freien Medien wie DORFTV oder Radio FRO.

Kultur als Aufgabe

Wer an Kulturjournalismus denkt, sieht vielleicht vor seinem geistigen Auge Kritikergrößen früherer Tage, ob Marcel Reich-Ranicki in der Literatur oder Karl Löbl in der Musik. Mit der Öffnung der Gesellschaft zu einem liberaleren Verständnis von Kultur erscheint das heute anachronistisch. Dazu kommt die massive Veränderung der Medien selbst. Seit es Internet und Social Media gibt, haben klassische Medien ihre „Gatekeeper“-Funktion eingebüßt. Das führt auch zu einer Änderung der Qualifizierungs- und Qualitätsansprüche. Müssen Kulturjournalist*innen noch etwas von der Sache verstehen? Und wenn ja, was ist mit Verstehen gemeint, eine Ausbildung oder bloßes Interesse und Learning by Doing? In den Redaktionen gilt bei den Prioritäten der Veröffentlichung häufig „online first“. Das zumindest duale Arbeiten verlangt eine noch stärkere Fokussierung und Zuspitzung, um Aufmerksamkeit für einen Beitrag zu bekommen. Klicks, Likes und Kommentare sind die Währung des Online-Marketings. Kulturnachrichten sind dabei in der Regel weit abgeschlagen. Ein Argument mehr, ihnen nicht mehr Raum und Personal zu geben. Das interessiere ohnehin nur eine Minderheit. Im harten Kampf um Aufmerksamkeit zieht beispielsweise der Sport der Kultur weit davon.

Wozu Kulturjournalismus?

Journalismus ist Echo- und Debattenraum dessen, was uns als Gesellschaften betrifft. Medien berichten, was ihnen in diesem Zusammenhang relevant erscheint. Kulturjournalismus ist ein sehr weiter Begriff. Man kann auch politische Kultur oder ökonomische Kultur einschließen. Zieht man den Rahmen enger, bleibt Kulturjournalismus das Feld, in dem die künstlerische und kreative Umsetzung all dessen, was wir mit Kultur meinen, berichtet und reflektiert wird. Der „Kulturszene“ wird gelegentlich vorgeworfen, zu selbstreferenziell zu sein, zu wenig kritisch gegenüber den handelnden Akteur*innen. Journalistische Distanz und Faktenorientierung sind die Basis von Glaubwürdigkeit. Das kann und sollte man als zwingendes Argument sehen, als Kulturjournalist*innen beides zu können und zu verstehen, also entsprechend gebildet zu sein. Schlechter Journalismus schadet sich durch Dilettantismus selbst am meisten.

Wie auch in anderen Feldern der Gesellschaft bedingen Medien und Öffentlichkeit einander. Während beispielsweise die Zahl der Festivals und Kulturveranstaltungen ständig zunimmt und noch kleinteiliger wird, werden sowohl Platz als auch Personen in der Kulturberichterstattung weniger. Große Kultur-„Player“ generieren mit ihrer Markt- und Marketingmacht mehr Aufmerksamkeit, kleinere Veranstalter müssen froh sein, einen Beitrag in einem regionalen Gratis-Medium zu bekommen, und das meist auf Basis einer sogenannten Kooperation, also gegen Geld. Ohne Echo und ohne Reflexion bleibt nur das Publikumsinteresse und dessen Zuspruch als Gradmesser für die Qualität der „Kulturarbeit“. Befördert das die Entwicklung des Metiers? Hilft es in der Einordnung jenseits von „Super“ oder „So ein Schas“?

Kulturjournalismus als Öffentlichkeit

Es darf als These gelten, dass lebendiger Kulturjournalismus und eine innovative Entwicklung im Kulturbereich einander fördern und bedingen. Wenn die Zahl der Kulturjournalist*innen mit Expertise sinkt, leidet auch die Qualität der Reflexion der Kulturszene. Wer beides will, muss sich für Kulturjournalismus einsetzen. Wenn Redaktionen dazu nicht mehr die ökonomische Kraft oder das gesellschaftliche Verständnis aufbringen, braucht es neue Formen. Zaghaft werden Online-Medien in diesem Bereich gestaltet. Blogs oder Plattformen widmen sich Kulturfragen. Häufig sind es „Liehabereien“ oder junge Gruppen, die sich positionieren. Von Bezahlung und Kostendeckung spricht man häufig lieber nicht. Es sind „Probepöhlen“, die man sich selbst schafft. Die Zugangsschwellen sind niedrig und das ist auch zu begrüßen. Man kann und soll überlegen, diese online-basierten Räume verstärkt zu fördern, aber auch die Qualifizierung jener, die dort aktiv sind, zu unterstützen. Große Plattformen wie beispielsweise „Kultursommer Oberösterreich“ könnten junge Nachwuchskräfte mit sommerlichen Praktika unter Begleitung erfahrener Kulturjournalist*innen erste Erfahrungen machen lassen und Chancen auf Veröffentlichung bieten. Österreich verfügt derzeit über keine qualifizierte Aus- oder Weiterbildung im Bereich Kulturjournalismus. Das sollte geändert werden. Kompetenz schafft Vertrauen.

Denkbar ist auch, die oberösterreichischen Redaktionen dafür zu gewinnen, in einem Rotationsverfahren „Lehrlinge“ Erfahrungen im Kulturbereich machen zu lassen. Das könnte die Neigung und die Fähigkeiten für diesen Bereich in der Praxis abklären helfen. Entsprechende Stipendien könnten von der öffentlichen Hand und privaten Sponsor*innen gefördert werden. Im Potpourri der Medien, die damit befasst werden, sollten Print-, audiovisuelle und Online-Medien, ob öffentlich-rechtlich, privat oder frei, gleichwertig vertreten sein. Für solche Stipendien könnten die Zugangskriterien auch etwas enger gefasst werden und beispielsweise einschlägige Studien aus dem Bereich von Kultur, Kunst, Geisteswissenschaften und Journalismus / Publizistik voraussetzen.

Interessant könnte auch sein, Medien-Start-ups im Online-Bereich anzudenken. Die Vermittlungsplattformen junger Menschen sind im Wesentlichen digital angesiedelt. Diese mit einer profunden journalistischen Qualität zu verbinden und auf kaufmännisch solide Füße zu stellen, ist lohnenswert. In Kombination mit der Förderung junger Talente könnten Start-up-Projekte eine neue Entwicklungschance bieten. Die Erfahrungen, die damit in anderen Wirtschaftsfeldern gemacht worden sind, könnten genutzt und transferiert werden.

Kulturjournalismus – ein Schlussplädoyer

Kunst und Kultur sind stark reflexiv, sie profitieren von der menschlichen Fähigkeit zu abstrahieren, sich über sich selbst Gedanken zu machen, Pläne und Möglichkeiten zu schaffen, Perspektiven zu ändern, seismographisch Bewegungen aufzunehmen, aber auch mit anderen Mitteln politisch aktiv zu werden. Das alles kann auf den ersten Blick nicht nützlich, nicht produktiv erscheinen. Darin liegt allerdings der Kern menschlicher Würde. Die kritische Verbindung zwischen Kultur- und Kunstschaffenden und ihren Produktionen und einer interessierten Öffentlichkeit zu schaffen, darin liegt die Aufgabe von Kulturjournalismus. Es geht um eine qualifizierte Moderation des gesellschaftlichen Diskurses, um Orientierung, Einordnung und auch in diesem Bereich um Fakten und Hintergründe. Kunst und Kultur können, wie alle anderen menschlichen Äußerungen, auch manipulativ genutzt werden. Sie stehen trotz ihrer grundsätzlichen Freiheit in der gesellschaftlichen Verantwortung. Journalismus als Stimme der Zivilgesellschaft, jenseits von Gesetzen, Verwaltung und Ökonomie, bringt im besten Fall alles zusammen und ins Gespräch.

Christine Haiden ist freie Journalistin, Präsidentin des Oberösterreichischen Presseclubs, Vorsitzende des Oberösterreichischen Landeskulturbeirats und Obfrau des Vereins oö Stiftskonzerte. Sie war langjährige Chefredakteurin der Zeitschrift Welt der Frauen.



Foto: Alexandra Grill

Auch eine Generationenfrage: Bei Haltung und Qualitäts- journalismus prallen Welten aufeinander

von Dominik Ritter-Wurnig

Das alte Paradigma des objektiven Journalismus hat ausgedient, wer Qualitätsjournalismus machen will, muss seine/ ihre Haltung transparent machen. Ein Plädoyer für eine neue Ehrlichkeit.

Der objektive Journalismus ist tot. Aber keine Sorge, das ist keine schlechte Nachricht. Der objektive Journalismus war schon immer tot. Natürlich kann man neutral und objektiv einen einfachen Sachverhalt darstellen: „Spanien hat die Fußball-Europameisterschaft gewonnen.“ Doch sobald die Berichterstattung etwas tiefer geht, kommt die Haltung des Mediums bzw. der Journalist*innen durch. So haben deutsche Medien immer wieder den nicht-gegebenen Elfmeter im Viertelfinalspiel thematisiert.

Haltungsjournalismus ist zu einer Art Schimpfwort geworden und dient als rechtskonservatives Chiffre gegen kritischen Journalismus. Beispielhaft möchte ich hierfür die Rede analysieren, die der Chefredakteur der Kleinen Zeitung Hubert Patterer zur Verleihung des Kurt-Vorhofer-Preises Mitte Juni gehalten hat (hier kann man Patterers Dankesrede nachlesen: <https://www.diepresse.com/18563510/wir-sind-kein-pflegefall>). Patterer ist ein mächtiger Mann, seit 18 Jahren lenkt er als Chefredakteur die Kleine Zeitung – immerhin die drittgrößte Tageszeitung Österreichs. Patterer geriert als eine Art widerständiger Gallier der alten Schule, der als wacher Geist den Finger in die Wunde legt. Dabei erkennt er nicht, dass er ein rechts-populistisches Narrativ nachbetet und selbst auf der Bühne der Macht steht: Seine Rede hält er auf Einladung des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen in der Präsidentschaftskanzlei. Mehr Machtzentrum geht kaum, mehr Mainstream auch nicht.

Das moderne Du als Feindbild der klassischen Tugenden

Hubert Patterer möchte raus aus dem „schnellen Du“. Das steht für den Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ für eine Medienwelt, der die klassischen journalistischen Tugenden abhandengekommen sind: Abwägen und Objektivität zum Beispiel. Ich fühle mich von Patterers Dankesrede angesprochen, fast angegriffen. Nicht nur, weil Patterer über das Gendern lästert. Nicht nur, weil wir bei *tag eins* immer schon und konsequent duzen, sondern auch, weil ich von der „Kleinen Zeitung“ gelernt habe, dass ein Du „zu einem progressiven Kulturwandel und einer einfacheren Zusammenarbeit beitragen kann.“



Screenshot „Gerne per Du“, eine Initiative der Kleinen Zeitung.

Aber Polemik beiseite, ich vermute, der progressive Kulturwandel ist eher Styria-Corporate-Sprech als Patterers Herzensangelegenheit. Eine Herzensangelegenheit im negativen Sinn scheint ihm jedoch die Haltung zu sein: „Haltung, missverstanden als Filter, der sich über die Wahrnehmung legt. Es gibt zu viel davon“, sagt er in seiner Rede.

Die Haltung der anderen

Damit ist aber nur die Haltung der anderen gemeint. Der unbefangene Blick sei ihm und seiner Zeitung wichtig, betont er. Dabei bekennt sich die „Kleine Zeitung“ als eine der wenigen österreichischen Zeitungen in der offiziellen Blattlinie klar zu ihrer Haltung: „Die Kleine Zeitung [...] steht auf dem Boden christlicher Weltanschauung, tritt für eine plurale, demokratische Gesellschaftsordnung, die Eigenständigkeit der Bundesländer und die völkerrechtliche Unabhängigkeit der Republik Österreich ein und begrüßt den europäischen Einigungsprozess.“ Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich finde es gut, klar zu eigenen Haltung zu stehen. Jeder, der es wissen will, weiß, dass die „Kleine“ zu 98,33 Prozent im Besitz der Katholischer Medien Verein Privatstiftung ist. Natürlich bestimmt das Katholische die Haltung der Zeitung. Ich bin der Meinung, dass sich Medien und Journalist*innen viel offener zu ihrer Haltung bekennen und transparent mit ihren Interessenskonflikten umgehen sollten – auch wir haben eine ausführliche Blattlinie auf tageins.at veröffentlicht. Wer behauptet, objektiv und unabhängig auf die Welt zu blicken, negiert, dass wir als Menschen von unserer Umwelt geprägt werden. Wer glaubt, keine Haltung zu haben, erhebt die eigene Haltung zur Norm, und sieht überall anders nur noch Ideologie.

Moralistische Aufladung Schuld an Vertrauenskrise

Schuld an der Vertrauenskrise gegenüber den Medien ist für den „Kleine“-Chefredakteur nicht die Inseratenkorruption oder Freunderlwirtschaft, sondern die „moralistische Aufladung des Berufsverständnis“ – explizit nennt Patterer die Berichterstattung rund um die „Flüchtlingswelle“ 2015 sowie die Corona-Pandemie. Patterer ist sich nicht zu schade, den rechten Verschwörungsmythos zu wiederholen, dass „Zeitungen und Rundfunk im Chor mit den Regierenden“ gesungen hätten. Er sieht „Glätungen im Dienst des Guten“ durch den Journalismus und erhebt damit den größten anzunehmenden Vorwurf gegenüber Journalist*innen. Nämlich den, bewusst die Wahrheit verschleiert zu haben. Aber anstatt das mit Fakten und Beispielen aufzuzeigen, argumentiert Patterer selbst „moralistisch“. Statt zu benennen, was ist, beklagt Patterer „Zurufe aus kulturell privilegierten Welten“. Das ist wohl Code und steht für irgendetwas zwischen grünen Bobos und linker Twitter-Bubble. Beim Redigieren würde man so eine Formulierung anstreichen und dazu notieren: „Sag es konkret: Wer soll das sein?“ Aber wer einen Edelfederstatus hat, darf so schwammig formulieren. Genauigkeit gehört übrigens nicht zu den Tugenden, die er einfordert.

Schuld sind die Linken

Dass bürgerliche Kommentator*innen eine Art linke Oberschicht-Schickeria vermuten, die keine Ahnung von den echten Problemen habe, kennt man etwa auch von Oliver Pink von der Schwesternzeitung „Die Presse“ aus dem Styria-Verlag. „Ausgerechnet jene, die über den FPÖ-Erfolg nun am meisten erschüttert sein werden, die Linken und Liberalen, haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Indem sie damit einhergehende Probleme jahrelang weggewischt oder geleugnet haben“, schrieb Pink nach dem FPÖ-Wahlsieg bei der Europawahl. Doch das Gegenteil ist wahr: Dort, wo viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, bekommt die FPÖ auch weniger Stimmen. In Großstädten – egal, ob Wien, Graz oder Innsbruck – gibt es Mehrheiten links der Mitte; in den Dörfern, wo man Menschen mit Migrationsgeschichte oft nur aus der Zeitung kennt, sind die Ängste größer. In der Geflüchtetenhilfe, in Sprachkursen, in Schulen, in der Sozialarbeit, überall dort, wo konkrete Probleme gelöst werden, arbeiten – so bin ich überzeugt – eher Menschen mit linker Einstellung.

Aber zurück zur Rede: Der Beifall erfolgte von erwartbarer Stelle, etwa vom Kanzlersprecher Daniel Kosak, von der Welt-Journalistin Anna Schneider oder dem Altjournalisten Peter Rabl.

Der Versuch, wie etwa die NZZ in der Schweiz und Welt in Deutschland am rechten Rand Leser*innen und Vertrauen zurückzugewinnen, ist verlockend; diese Gruppe wird derzeit in Österreich von keiner Qualitätszeitung gut bedient. Marktwirtschaftlich macht es wohl Sinn. In jedem Fall ist es wohl die einfachere Conclusio, das Misstrauen in Medien dort zu verorten. Dabei glauben laut einer repräsentativen Gallup-Umfrage aus dem Jahr 2021 nur drei Prozent der Österreicher*innen, dass die Berichterstattung in privaten Medien prinzipiell nicht käuflich wäre. Mir würde ja diese Studie mehr Sorgen

machen als die gefühlte Wahrheit, dass es 2015 eine zu positive Berichterstattung über Geflüchtete gab. Inseratenkorruption und Verhaberung haben das Vertrauen in den Journalismus zerstört.

Zum Ende geht es noch gegen die Jungen

Unerwartet macht die Dankesrede noch einen Schwenk und watscht eine andere Gruppe ab: Patterer spricht von „wir“, meint aber wohl doch eher „ihr“. Ihr Journalist*innen der nächsten Generation, die auf Social Media aktiv sind, im Homeoffice arbeiten möchten, die Wert auf eine Work-Life-Balance legen („Raus aus dem Korsett der Dienstpläne“). Wortreich beklagt Patterer das fehlende Maßhalten: Die Deportationsfantasien aus dem AfD-Umfeld sollte man nicht Wannsee 2.0 nennen, wegen ausländischerfeindlichen Sprechchören in Sylt nicht die Staatskrise ausrufen und niemand rücke seiner Meinung nach den Unfug gerade, dass es doch falsch sein müsse, dass Österreich im Index der Pressefreiheit zwischen Moldau und Mauretanien liegt. Doch genau all dies passiert. Nicht immer von allen und zu aller Zeit; das wäre auch nur möglich, wenn Medien wirklich gleichgeschaltet wären. Diese Behauptungen entsprechen nicht der Realität: „Der Freitag“ und der Zentralrat der Juden haben dargelegt, warum der Vergleich zwischen Wannsee-Konferenz und Potsdamer Treffen hinkt. Einzig die Rechtsaußen-Portale „Weltwoche“ und „Nius“ sprechen davon, dass die Sylter Ereignisse eine Staatskrise hervorrufen würden. Die Irritationen zum Pressefreiheitsindex haben im „Standard“ und auf Twitter viel Platz eingenommen.

All das, was Patterer im Diskurs als fehlend kritisiert, gibt es. Man muss nur hinsehen. Patterer schimpft über die „Selbstbezogenheit“, „falsches Blasenpublikum“ und „Eitelkeit“, nur um im nächsten Absatz zu fordern: „Raus aus der schlechten Laune, die wir verströmen.“ Ich wünschte, Hubert Patterer hätte sich bei seinem Lamento ein Beispiel daran genommen.

Dominik Ritter-Wurnig ist Gründer, Geschäftsführer und stellvertretender Chefredakteur von tag eins, dem Magazin für Veränderung. Das Mitglieder-finanzierte, konstruktive Magazin hat sich 2022 in Wien gegründet. Davor hat er unter anderem für die Krautreporter und den ARD als (Daten-)Journalist gearbeitet.



Foto: tag eins

tag eins will einen Ausweg aus dem Schlagzeilen-Burnout bieten. Mit modernem Journalismus, der nicht bei den Problemen stehenbleibt, sondern auch nach Lösungen sucht. tag eins Magazin macht unabhängigen, progressiven und hintergründigen Journalismus im Internet.

Das Problem der Repräsentation

Wie migrantische Medienaneignung neue Sichtweisen erzeugt

von Gracia Ndonga

Neben neunjährigen Mädchen, die Zehnjährigen das Leben retten, wird von syrischen Burschen berichtet, die unschuldige Menschen überfallen. In den Medien werden Held*innentaten Gewalttaten gegenübergestellt. Nicht-migrantische Menschen jenen mit Migrationsbiografie. Teigtaschermafia, Jungs mit Migrationsgeschichte oder ‚die antons‘ aus dem zehnten Wiener Gemeindebezirk. Das sind Beschreibungen für Menschen mit Migrationshintergrund oder -erfahrung. So verrät es der Blick in die traditionellen Medien. Diese Form der Fremdbeschreibung und Berichterstattung führt zu einem Mangel an positiver Sichtbarkeit migrantischer Menschen. Die fehlende Repräsentation zeigt sich nicht nur in Berichten und Abendjournalen, sondern auch in Studien zur Medienaneignung. Das erklärt Laura Süna, Professorin an der Universität Siegen in Deutschland, mit einer Fokus-Auswertung zur Medienkompetenz von Menschen mit Migrationsgeschichte. Ihren Forschungsergebnissen zufolge seien Menschen mit Migrationshintergrund „in Studien zu Medienkompetenz eher unterrepräsentiert“. Dasselbe gelte für Studien zur Mediennutzung. In Österreich wären demnach 2,4 Millionen Menschen betroffen. 2,4 Millionen Menschen, die in Studien zur Medienkompetenz kaum berücksichtigt werden. 2,4 Millionen Menschen, die bei großen Gesetzesverstößen in ebendiesen Medien erscheinen und mit ihrer Herkunft erwähnt werden würden.

Dabei sei der migrantische Hintergrund der Menschen eine Information, die bei einem Vorfall nur bedingt Mehrwert schafft. Denn die Nennung des Herkunftslandes von Täter*innen in Berichten sei kritisch zu betrachten. So beschreibt es auch René Rusch. Der Hinweis auf die fremde Herkunft einer Person sei keine harmlose Information. „Er wird von einem großen Teil des Publikums höchst aufmerksam beachtet“, erklärt der Politikwissenschaftler, „und dient als Brennstoff Nummer eins für die Hetze gegenüber Minderheiten“.

Suche nach repräsentativen Medien

Wie lassen sich diese Probleme also lösen? Einerseits jenes der Bekanntmachung des Herkunftslandes, andererseits das der Unterrepräsentation. Was sind mögliche Alternativen beispielsweise für Menschen asiatischer, afrikanischer oder – wie es in Wien oft der Fall ist – serbischer und kroatischer Herkunft?

Innerhalb der österreichischen Medienlandschaft bleibt die Suche nach repräsentativen Medien meist vergeblich. Zuletzt wurde zum Beispiel die Talenteschmiede *mit scharf* eingestellt: Das *biber*-Magazin, das seinen Fokus auf Geschichten von Menschen mit Migrationshintergrund gelegt hatte, ist im Dezember 2023 das letzte Mal als Printausgabe erschienen. Ein kurzer Exkurs soll die alternative Arbeitsweise des Magazins demonstrieren:

Während einerseits laufend von der Teigtaschermafia berichtet wurde, haben Redakteur*innen der Zeitschrift *biber* Stimmen aus der asiatischen Community zu den Vorfällen in Wiener Teigtaschenfabriken interviewt. Sie sind mit den Gründer*innen des Magazins „Perilla“ ins Gespräch gekommen, die sich gegen Vorurteile stark machen und im Rahmen der Wienwoche 2022 gegen anti-asiatischen Rassismus aktiv geworden sind. Trotz der redaktionellen Arbeit und einer Akademie, die Nachwuchstalente im Journalismus ausgebildet hat, kam nach 16 Jahren wegen unregelmäßiger Presseförderungen und steigender Papierkosten das Aus für das *biber*-Magazin. Die Zeitschrift konnte nicht mehr veröffentlicht werden. Wodurch für migrantische Jugendliche eine wichtige Quelle zur Meinungsbildung, Informationsfindung und repräsentativen Form des Erlernens von Medienkompetenz verloren gegangen ist. Ähnlich ergeht es auch *Fresh*, dem *Black Austrian Lifestyle Magazine*. Eine Informationsquelle für Schwarze Menschen in Österreich und Europa. Nur schwer kommt das Medium an staatliche Förderungen. In Papierform wurde eine Ausgabe zuletzt 2022 gedruckt. Doch online findet das Magazin seine Nische und nutzt sie. Dort läuft es bis heute.

Das Internet. Auch für Konsument*innen bringt es neue Möglichkeiten und schafft einen Perspektivenwechsel. Podcasts und Online-Magazine. Sie werden von und für migrantische Communities kreiert. Verschiedene Nachrichtenportale finden nur noch online statt. Wie die *Chefredaktion*, gegründet von der ehemaligen *biber*-Akademie-Absolventin und Autorin Melissa Erkurt. Mit fast fünfzigtausend Follower*innen auf Instagram erreicht die Plattform eine breite Leser*innenschaft und bietet eine alternative Sichtweise auf migrantische Themen. So ein Projekt fördert und fordert die öffentliche Meinungsbildung. Es wirkt dem Problem der migrantischen Medienrepräsentanz entgegen.

Gracia Ndonga hat als Quereinsteigerin im Journalismus bereits für mehrere Medienhäuser in Österreich und Deutschland gearbeitet, u.a. für die Süddeutsche Zeitung und das *biber*-Magazin in Wien; neben ihrer journalistischen Arbeit hat sie auch als Co-Founderin und Community Workerin des Vereins ADOE-Afrikanische Diaspora Österreich als Moderatorin gearbeitet und mehrere Veranstaltungen gehostet.



Foto: Minika Kanelbauer

KI ist nicht frei Aber freie Medien sind weiterhin die Antwort

von Jana Herwig

Kulturtechnische Innovationsschübe werfen stets aufs Neue die Frage auf, was die Eigenheit menschlichen Schaffens ist. Das ist mit Künstlicher Intelligenz nicht anders: Wenn Text, Bild und Bewegtbild von generativen KI-Modellen in die Welt gebracht werden können, sind auch Text-, Bild- und Medienschaffende gefordert, das Wesentliche ihres Tuns neu zu bestimmen. Freie Medien können in einer so veränderten Landschaft jedoch nur wichtiger werden. Das zeigt der Blick auf ökonomische Zusammenhänge und die Entwicklung der Kulturtechniken insgesamt.

Ersteres betrifft die Art der Verfügbarkeit selbst: Die Existenz von Gratis-Zugängen auf allfälligen KI-Plattformen mag darüber hinwegtäuschen, dass Künstliche Intelligenz nicht nur enorme Energieressourcen fordert, sondern grundsätzlich *nicht als freies Werkzeug oder Medium, nicht unabhängig* von ökonomischen oder politisch-ideologischen Zwängen, existiert. Es ist weder Individuen noch Vereinen möglich, ihr eigenes GPT aufzusetzen, ohne auf kommerzielle und intransparent vortrainierte KI-Modelle zurückzugreifen – die theoretische Möglichkeit, zehntausende Euro in eigene Server und Monate bis Jahre in eigene Trainingsarbeit zu investieren, kann praktisch ignoriert werden.

Zeitalter künstlich erzeugter Content-Ströme

Würden umgekehrt Medienunternehmen ihre Inhalte mittels gekaufter KI-Leistung generieren lassen, könnten sie genauso gut (nur *noch* teurer) ihre Redaktion durch namenlose Agenturmitarbeiter:innen aus Silicon Valley ersetzen. Wer sagt was zu wem? Schon die ersten Aspekte der Lasswell-Formel zur Analyse medialer Kommunikation brächen damit in sich zusammen. Kein Medium mit demokratiepolitischer Verantwortungsbereitschaft würde dies tun. Andere Medien, für die Polarisieren, resultierende Klicks und Audience Engagement das Hauptanliegen ist, werden hier eine für sie gangbare Alternative sehen.

Damit ist aber auch klar, dass der Beitrag freier Medien im Zeitalter künstlich erzeugter Content-Ströme immer wichtiger wird: weil es Menschen sind, die hier sprechen, nachvollziehbar und adressierbar. Nicht zufällig kommt das englische *responsible*, verantwortlich sein und verantworten können, von *response-ability*, der Fähigkeit und Möglichkeit zur Reaktion und wechselseitigen Wahrnehmung, welche in kommerziellen Medien schon weit vor der jüngsten KI-Entwicklung unter Druck geraten ist.

Der gegenwärtig als disruptiv empfundene Charakter generativer KI ist dabei weniger technologisch begründet – Joseph Weizenbaums therapeutischer Chatbot ELIZA datiert auf 1966 – als durch die breite (aber eben nicht freie) Verfügbarkeit in Kombination mit der Niederschwelligkeit der Bedienung, die auf natürliche Sprachen als Interface setzt.

Ebenfalls in den 1960ern beschrieb der Paläoanthropologe André Leroi-Gourhan die Geschichte der Kulturtechniken als die einer fortschreitenden Exteriorisierung, d. h. des nach außen Verlagerens menschlicher Fähigkeiten auf verschiedene Geräte: Windmühlen, die den motorischen Antrieb übernahmen; Barock-Automaten, die mechanisches Verhalten usurpierten; Lochkarten, die den Webstuhl steuerten, etc. Reiht man generative KI hier ein, so erscheint die Entwicklung folgerichtig: Es ist sprachliches und zeichenbasiertes Verhalten, das nun ebenfalls an Maschinen übertragen und von diesen gesteuert werden kann.

Dies mag Wehmut hervorrufen: „I want AI to do my laundry and dishes so that I can do art and writing, not for AI to do my art and writing so that I can do my laundry and dishes“, fasste dies vielzitiert die Fantasy-Autorin Joanna Maciejewska¹ zusammen. Anthropologisch überraschend ist es nicht.

Selbst der Unsinn, den generative KI bisweilen zusammenbraut, ist nicht neu, wie der Vergleich mit den Social-Media-Praktiken verschwörungstheoretischer Bewegungen letzten 25 Jahre zeigt: Wenn Gruppen von Menschen auf der Suche nach Mustern das Netz durchforsten, um daraus gemeinschaftlich Parallelwelten wie die Flat-Earth-Theorie, QAnon und reptiloide Übernahmen zu halluzinieren, kann das als Vorwegnahme der Trainingsroutinen der KI-Modelle gelten, die ebenfalls im Internet verfügbare Informationen nutzen, um daraus Antworten zu synthetisieren.

Die Herausforderungen sind damit andere, aber die Antworten sind es nicht: Es braucht unabhängige Instanzen, es braucht freie Medien, um im größer werdenden Meer der Inhalte die Stimmen der Menschen weiterhin hörbar zu machen.

¹ 28.3.2024: twitter.com/AuthorJMac/status/1773679197631701238

Jana Herwig ist Medienwissenschaftlerin mit besonderem Interesse für die Verhältnisse von Leib, Technik und Medien unter den Bedingungen der digital vernetzten, von algorithmischen Praktiken geprägten Gegenwart und Vorgeschichte.



Foto: privat

Journalismus für alle Warum Journalist*innen arbeiten, wie sie arbeiten. Und warum das ein Problem ist.

von Lisa Kreutzer

Im Herbst 2023 saß ich mit Kolleg*innen eines anderen österreichischen Mediums im kleinen Büro von *andererseits* in Wien. Meine Kolleg*innen mit und ohne Behinderungen von *andererseits* gaben ihnen einen Workshop zu Barrieren in der Berichterstattung und einfacher Sprache. Erfahrene und erfolgreiche Journalistinnen saßen zusammen und diskutierten über ihre Arbeit. Ein Teil des Workshops war: Reflektieren, warum wir so schreiben, wie wir schreiben. Warum wir so erzählen, wie wir erzählen. Warum wir oft lange Sätze konstruieren und Fremdwörter einbauen, an Stellen, an denen wir auch viel einfacher schreiben könnten. Ein Kollege mit Lernschwierigkeiten fragte die Journalist*innen, wen sie adressieren wollen, wenn sie komplizierte Sätze formulieren. Ihn erreichten sie damit nämlich nicht.

Ein bekannter Journalist antwortete nach einigem Überlegen, dass Fremdwörter für ihn der Weg sind, zu zeigen, dass er berechtigt ist, zu schreiben und zu erklären. Dass er dazugehört, in das exklusive und umkämpfte Berufsfeld des Journalismus. Ich fand mich darin wieder: In meinem Studium baute ich ganze Hausarbeiten rund um Fremdwörter, um zu zeigen, dass ich mithalten kann in einer Welt, in der Machtverhältnisse auch durch das Abheben von anderen aufrechterhalten werden.

Einfache und leichte Sprache

Meine Hausarbeiten haben keinen großen Schaden angerichtet, gelesen wurden sie eh höchstens von einer Handvoll Menschen. Im Journalismus sieht es aber anders aus: Wir Journalist*innen haben einen öffentlichen Auftrag. Wir sollen alle Menschen ausgewogen informieren, als Grundlage für Entscheidungen für unsere Demokratie. Das schaffen wir aber kaum.

In Österreich sind rund 700.000 Menschen auf einfache und leichte Sprache angewiesen, um schwierige Zusammenhänge voll erfassen zu können. Das Feld hat der Qualitätsjournalismus größtenteils dem Boulevard überlassen. Aber komplizierte Sprache ist nicht die einzige Hürde. Menschen mit Sehbehinderungen beispielsweise nutzen Screenreader – sie lesen Inhalte der Seiten vor. Lässt man Screenreader über die Online-Auftritte der großen österreichischen Medien laufen, ploppen bei den meisten dutzende rote Fehlermeldungen auf, weil sie nicht ausreichend barrierefrei sind. Für sehbehinderte Menschen ist der Journalismus so nicht nutzbar. Für Menschen mit Hörbehinderungen können wiederum fehlende

oder fehlerhafte Untertitel große Barrieren sein. Eine ganze Zielgruppe wird dabei einfach nicht mitgedacht. Und das obwohl rund 18 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit Behinderungen leben.

Diese Barrieren für Menschen mit Behinderungen im Journalismus ergeben sich auch daraus, dass genau sie kaum als Journalist*innen arbeiten.

Im Jahr 2020 erfüllten von 20 Medienhäusern nur fünf die gesetzlichen Vorgaben des Behinderten-Einstellungsgesetzes – das hat *andererseits* mit *DOSSIER* recherchiert. Wie soll der Journalismus die Welt so zeigen, wie sie ist, wenn immer ähnliche Menschen an den Redaktionstischen sitzen? Wenn die großen Entscheidungen überwiegend immer noch von weißen, nicht-behinderten Männern und manchmal Frauen getroffen werden. Inklusiver Journalismus ermöglicht allen Menschen den Zugang zu und die Nutzung von Medien. Diese Art der Teilhabe ist ein grundlegendes Recht. Diverse Teams treffen die besseren Entscheidungen, sie denken mehr Menschen mit.

Inklusion im Journalismus bedeutet aber auch, dass wir als Branche beschließen, die UN-Behindertenrechtskonvention ernst zu nehmen. Journalismus ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Er erzählt von uns, er beschreibt, hält fest, was passiert, stellt unterschiedliche Meinungen gegenüber, treibt Dialog an. Das alles tut er im Idealfall. Umso mehr haben journalistische Redaktionen die Aufgabe, so divers zu sein, wie es unsere Gesellschaft ist. Denn nur dann erzählen die Redaktionen wirklich davon, was es bedeutet, in dieser Welt zu leben. Nur dann treffen Medienhäuser Entscheidungen, die Rücksicht auf unterschiedliche Zielgruppen nehmen, sie ansprechen und miteinbeziehen.

Inklusion leistet aber noch viel mehr. Inklusiver Journalismus fordert nicht „höchste Stressresistenz“, sondern er fordert, die eigenen Grenzen kennenzulernen und sie auszusprechen – und so Platz für die Bedürfnisse vieler Menschen zu machen. Inklusiver Journalismus hat so das Potential, die Strukturen der Branche ganz grundlegend zu verbessern. Denn wenn sich im Journalismus hauptsächlich jene Menschen durchsetzen, die die besten Startvoraussetzungen hatten, oder bereit sind, am weitesten über die eigenen Grenzen zu gehen, dann gehen Perspektiven verloren. Perspektiven, die wichtig wären, um die Welt so abzubilden, wie sie ist. Und das ist der Auftrag an den Journalismus.

Lisa Kreutzer hat Politikwissenschaft und Soziale Arbeit in München und Wien studiert und arbeitet als Chefredakteurin bei der inklusiven Redaktion *andererseits*. Für ihre journalistische Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Concordia Preis für Menschenrechte und dem Prälat-Leopold Ungar Preis.



Foto: Kevin Nowak

Jede Story ist eine Klima-Story

Klimakrise und die Herausforderungen der Klimaberichterstattung

von Verena Mischitz

Stellen Sie sich vor, ein Gebäude steht kurz vor dem Einsturz. Seit Jahren warnen Fachleute vor dem Zusammenbruch. Die Fassade bröckelt, die Wände bekommen Risse. Doch es wird nicht evakuiert und nur selten darüber gesprochen. So schlimm kann es doch nicht sein – oder? So oder so ähnlich könnten wir das auch über die Klima- und Biodiversitätskrise sagen. Wissenschaftler*innen warnen seit Jahrzehnten, dass das Netz, das für saubere Luft, sauberes Wasser, fruchtbare Böden sorgt, brüchig wird. Die Atmosphäre wird heißer und das Leben auf dem Planeten unangenehmer. Trotzdem geht es laut einer APA-Analyse in weniger als zwei Prozent der Beiträge in österreichischen Tageszeitungen um die Klimakrise. Wie kann das sein?

Zum einen will die Klimakrise nicht so richtig in die mediale Logik passen. Damit ein Ereignis zu einer Nachricht wird, müssen bestimmte Kriterien erfüllt werden, die sogenannten Nachrichtenwerte. Nähe, Aktualität, Neuigkeit, Betroffenheit machen ein Event berichtenswert. Eine Hitzewelle in Österreich wäre so ein Event. Ohne solche sichtbaren Ereignisse werden Klimawandel und Artensterben immer wieder von anderen Themen verdrängt. Dazu kommt eine zeitliche und geografische Distanz. Das CO₂, das wir heute ausstoßen, macht sich erst später bemerkbar. Einzelne Folgen spüren wir zwar bereits, wie schlimm es 2070 sein wird, können wir uns aber nur schwer vorstellen. Zum anderen braucht gute Klimaberichterstattung Strukturen, die gute Klimaberichterstattung ermöglichen. Laut einer Umfrage des Gallup Instituts wünscht sich die Mehrheit Berichte zu Klima- und Umweltthemen. Das Interesse übersteigt sogar das Angebot. Mit Klimaressorts, Podcasts und Klima-Newslettern haben Redaktionen in den vergangenen Jahren versucht, darauf zu reagieren. Die Kluft zwischen dem Ausmaß der Berichterstattung und dem Ausmaß planetarer Krisen ist aber nach wie vor groß.

Klima-Kodex

Um diese Strukturen zu stärken, hat das Netzwerk Klimajournalismus 2023 den *Klima-Kodex* veröffentlicht – eine Leitlinie für eine klare, angemessene und konstruktive Klimaberichterstattung. Ziel war es, Redaktionen für die Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrise zu sensibilisieren und planetare Krisen stärker in der Berichterstattung österreichischer Medien zu verankern. Kurzgefasst: Eine Berichterstattung, die die Klimakrise mitdenkt. Fünf Leitsätze sollen sicherstellen, dass Redaktionen ausreichend Wissen und Ressourcen zur Verfügung stehen,

um Klimathemen angemessen und faktenbasiert zu bearbeiten. Der Inhalt wurde in einem ressort- und bundesländerübergreifenden Prozess diskutiert und wissenschaftlich begleitet. Mittlerweile berücksichtigen über 25 Medienhäuser den Klima-Kodex.

Aber reicht das? Die Klimakrise steckt in jedem Thema: Wie wir uns kleiden, wie wir uns ernähren, wie wir uns fortbewegen – all das hat in irgendeiner Form mit der Klima- und Biodiversitätskrise zu tun. Jede Story ist eine Klima-Story. Am Ende geht es aber nicht nur darum, dass über planetare Krisen berichtet wird, sondern auch *wie*. Im Moment ist das vor allem Katastrophenberichterstattung – Hochwasser, Temperaturrekorde, Hitzetote. Das ist relevant, aber für viele belastend. So belastend, dass immer mehr Menschen das Interesse verlieren, Nachrichten überhaupt zu konsumieren. Deshalb werden vermehrt Ansätze des konstruktiven Journalismus diskutiert. Beiträge, die nicht nur auf Probleme schauen, sondern auch über Lösungen sprechen. Der Medienmanager Wolfgang Blau vergleicht konstruktives Kommunizieren mit einem Arztbesuch: Wer ein Problem hat, und zum Arzt geht, bekommt nicht nur die Diagnose präsentiert, sondern auch Möglichkeiten, die Erkrankung zu therapieren. Alles andere wäre ja furchtbar.

Für den Journalismus hieße das: Probleme besprechen und gleichzeitig aufzeigen, wo es bereits gut läuft, welche Initiativen es gibt, welche Maßnahmen anderenorts funktionieren. Nicht nur sagen was ist, sondern auch, was sein könnte. Es gibt unterschiedliche Szenarien, wie unsere Welt in 50 Jahren aussehen könnte. Wie wir über planetare Krisen sprechen, hat einen Einfluss darauf, wie wir mit ihnen umgehen. Im Fall der Klimakrise schafft Sprache nicht nur Wirklichkeit, sie entscheidet auch über unsere Zukunft. Umso größer ist die Verantwortung für alle, die öffentlich kommunizieren.

Verena Mischitz ist Journalistin, Filmemacherin und Moderatorin. Sie arbeitet als freie Wissenschaftsjournalistin u. a. für den WDR und Arte. Für ihre Videos zur Klima- und Biodiversitätskrise wurde sie mehrfach ausgezeichnet. Seit 2022 ist sie Sprecherin des Netzwerk Klimajournalismus Österreich.



Foto: Louai Abdell Fattah

Die dunklen Seiten der Macht

Investigativer Journalismus und Pressefreiheit

von *Michael Nikbaksh*

„Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, doch sie ist zerbrechlich – und sie hat viele Feinde.“

Dieser Satz entstammt dem Leitbild meines periodischen Podcasts „Die Dunkelkammer“, der im März 2023 online ging.

Ich habe das zum Start meines Projekts nicht deshalb aufgeschrieben, weil es so dekorativ klingt.

Es sollte vor allem eine Mahnung an mich selbst sein. Eine stete Erinnerung daran, dass die Pressefreiheit sich nicht von selbst verteidigt.

Wo die Pressefreiheit endet, endet auch der investigative Journalismus, generell: der Journalismus. Adé, Demokratie.

Ohne Pressefreiheit könnte ich meinen Job nicht machen, der im Wesentlichen darin besteht, die dunkle Seite der Macht auszuleuchten.

Dass ich seit einer gefühlten Ewigkeit über Korruption und Machtmissbrauch berichten kann – und das auch noch unverseht –, hat eben damit zu tun, dass wir in einer gefestigten Demokratie leben.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die unverwandte Pressefreiheit sind verfassungsmäßig abgesicherte Grundrechte, beide ankern sie übrigens in Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes.

Gewiss, Österreich ist nicht Ungarn, wo eine Elite rund um den Regierungschef weite Teile des Medienbetriebs gleichgeschaltet und kritischen Journalismus an den Rand gedrängt hat.

Österreich ist auch nicht die Slowakei, wo 2018 der Investigativ-Journalist Ján Kuciak ermordet wurde – und die Regierung erst jüngst die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt RTVS aufgelöst hat.

Einerseits. Andererseits ist Österreich auch nicht mehr das Land, das es war, als ich Anfang der 1990er Jahre in den Journalismus eingestiegen bin.

Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass in den Redaktionen (und ich habe in einigen gearbeitet) dazumals groß über die Pressefreiheit debattiert worden wäre.

Wozu auch, sie galt ja nicht als gefährdet, weil auch die Medienbranche insgesamt nicht als gefährdet galt.

Es war eine andere Zeit, gerade aus Sicht der holzverarbeitenden Verlagshäuser. Denn: Das Internet war nicht erfunden, Google, Facebook und TikTok waren nicht erfunden, die Erlösmodelle der Zeitungen waren intakt.

Heute sind sie es überwiegend nicht mehr.

Wenn ich mich heute um den Zustand der Pressefreiheit in Österreich Sorge, dann nicht so sehr deshalb, weil wir generell viel über einen neuen Illiberalismus reden.

Oder weil eine völlig verhunzte Medienförderung jahrelang Quantität vor Qualität gestellt und damit den Markt strukturell verzerrt hat.

Oder weil öVP-Verfassungsministerin Karoline Edtstadler das Zitieren aus staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten nur allzu gern unter Strafe gestellt hätte.

Oder weil Journalist:innen auch hierorts zusehends öffentlicher Diffamierung ausgesetzt sind, teils unter Betätigung politischer Akteure (siehe unter anderem Peter Westenthaler und dessen gehäufte Ausritte gegen den ORF).

Oder weil die Staatsanwaltschaft Klagenfurt dem Kärntner Investigativ-Journalisten Franz Miklautz auf Grundlage konstruierter Verdachtsmomente Handy und Laptop abnehmen ließ.

Oder weil der Satiriker Peter Klien beim Versuch, mit Herbert Kickl zu sprechen, in den Schwitzkasten eines FPÖ-Securitys geriet.

Oder weil der Satiriker Florian Scheuba für eine satirische Kolumne strafrechtlich verfolgt und (nicht rechtskräftig) zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

Oder weil mir die Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs Eva Marek im Rahmen einer Recherche anlasslos niederste Motive unterstellte. Eine schriftliche Medienanfrage von mir hatte sie unter anderem mit den Worten quittiert: „Im Übrigen werden Sie mich nicht in den Tod treiben.“ (Ich habe die Geschichte dieser versuchten Einschüchterung daraufhin in einem Podcast verarbeitet).

Jedes dieser Beispiele gibt Anlass zur Sorge, die Summe macht's nicht bekömmlicher und die Liste ist nicht annähernd vollständig.

Doch dann wäre da noch dieser eine, aus heutiger Sicht wohl bedrohlichste Gegenspieler der freien Medien; es ist ein mächtiger Gegner ohne Identität und Kontur. Er kann die Presse ihrer Freiheit berauben, ohne auch nur in die Nähe eines Grundrechtseingriffs zu kommen.

Dieser Gegenspieler ist der wirtschaftliche Druck.

Wenn das Geld knapp wird, zehrt das an der Widerstandskraft jeder Redaktion. Wo gespart werden muss, wird, herrscht alsbald Verunsicherung und die ist eine denkbar schlechte Voraussetzung für unerschrockene Recherchen.

Wirtschaftlicher Druck höhlt Redaktionen aus und hemmt deren Fähigkeit, in die Tiefe zu gehen.

Wirtschaftlicher Druck macht Medien verwundbar gegen Vereinnahmungen aller Art. Das kann sich in „von oben“ angeordneten gefälligen Interviews mit Vertretern großer Anzeigenkunden ausdrücken; es kann sich in „Koooperationen“ ausdrücken, das sind dann Inhalte, bei welchen die Trennung zwischen redaktioneller Berichterstattung und Anzeigengeschäft auffallend verschwimmt.

Es kann sich aber auch als Unterlassung manifestieren. Kritische Stoffe bleiben unangetastet liegen, weil dadurch gute Anzeigenkund:innen vergrault werden könnten. Oder Fördergeber:innen. Oder Eigentümervorteiler:innen. Oder ein Haberer des Chefredakteurs. Oder weil man keine rechtliche Auseinandersetzung mit Leuten riskieren will, die Geld, Anwälte und Muße haben. Die SLAPP-Klage: Auch sie gilt als natürliche Fressfeindin der Pressefreiheit.

Gerade die investigative Recherche bietet wiederkehrend Angriffsflächen, das liegt in der Natur der Sache. So sauber kann man gar nicht arbeiten und veröffentlichen, dass Betroffene nicht vielleicht doch vor Gericht ziehen und klagen. Man kann es ja mal probieren. Das ist mir mehrfach passiert – und nicht immer ging es auch zu meinen Gunsten aus, sauber gearbeitet hin oder her.

Medienverfahren muss man sich leisten wollen – und können. Sie bergen Risiken und gehen womöglich ins Geld, Recht zu haben heißt bekanntlich nicht, auch Recht zu bekommen.

So gesehen ist das sicherste Medienverfahren gar keines; gerade dann, wenn das Geld knapp ist.

Der wirtschaftliche Druck macht Medien also – tendenziell – empfänglich für Unterlassungen, für Gefälligkeiten, für Interventionen, für Anzeigenkorruption.

„Unabhängig“ – es ist ein großes Wort, das Redaktionen gerne stolz vor sich hertragen. Die Dunkelkammer tut das übrigens auch.

Man will damit ausdrücken: Wir sind nicht käuflich, bei uns sind die kaufmännische und die redaktionelle Sphäre scharf voneinander getrennt, komme, wer wolle.

„Unabhängig“ – das Wort wirkt umso größer, wenn man sich mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten und U-Ausschussprotokollen zur öVP-Inseratenaffäre auseinandersetzt; mit gekauften Meinungsumfragen und der Rolle des Finanzministeriums; mit dem politischen Aufstieg von Sebastian Kurz und der Rolle des Boulevards; mit verfänglichen Chats aus dem Mobiltelefon von Heinz-Christian Strache, als dieser noch Vizekanzler war.

Meine Besorgnis über die Verfasstheit der Pressefreiheit ließe sich auch über Chatnachrichten aus dem Mobiltelefon von Thomas Schmid erzählen, verschickt 2017, als dieser noch Generalsekretär des Finanzministeriums war.

Thomas Schmid fasste damals eine – behauptete – erfolgreiche Vereinnahmung des Verlegers Wolfgang Fellner wie folgt zusammen: „Fellner ist ein Kapitalist. Wer zahlt schafft an. Ich liebe das.“

Ich habe die Dunkelkammer im März 2023 lanciert, ohne einen Cent öffentlicher (oder privater) Förderung. Eineinhalb Jahre später sind 90 Folgen entstanden und wir schaffen mittlerweile rund 100.000 Downloads im Monat.

Ein guter Anfang für ein Projekt ohne Backing durch ein Medienhaus, ohne Marketingbudget – und ohne Hinterzimmerdeals im Business-Plan.

Die Dunkelkammer finanziert sich über Beiträge einer beständig wachsenden Community, zu einem kleinen Teil auch über Werbeerlöse.

Mein Partner Stefan Lassnig und ich haben vom Start weg größten Wert darauf gelegt, das Anzeigengeschäft klar von allen redaktionellen Aktivitäten (also hauptsächlich von mir) abzugrenzen – zwischenzeitlich haben wir diese Trennung auch gesellschaftsrechtlich zementiert. Sie ist unüberbrückbar.

Wer in der Dunkelkammer wirbt, bekommt Zugang zu deren Reichweite, niemals aber zu deren Inhalten.

Ich habe mich ungeachtet der Risiken an dieses Medienprojekt gewagt, weil ich davon überzeugt war (und bin), dass unabhängiger investigativer Journalismus auch außerhalb klassischer Strukturen eine Berechtigung hat – womöglich mehr denn je.

Ich war gut 30 Jahre angestellter Redakteur in wechselnden Redaktionen, davon 23 Jahre am Stück bei profil – ich habe mich in dieser Zeit niemals verbogen.

Seit 2023 bin ich selbst Medienunternehmer – und natürlich habe ich den Anspruch aus der Dunkelkammer ein wirtschaftlich tragfähiges Produkt zu machen – das sich nicht verbiegt.

Am Anfang meines neuen Berufslebens stand ein altes Versprechen und es hat bis heute Bestand: Meine Seele steht nicht zum Verkauf, die redaktionellen Inhalte stehen nicht zum Verkauf.

Und eher höre ich auf, als dieses Versprechen zu brechen.

Das bin ich der Pressefreiheit schuldig.

Michael Nikbakhsh ist Gründer des Podcasts „Die Dunkelkammer“; 23 Jahre bei profil, zuletzt als stv. Chefredakteur und Leiter des Wirtschaftsressorts; Mitglied des International Consortium of Investigative Journalists; mehrfach ausgezeichnet, u. a. Journalist des Jahres, Horst Knapp-Preis, Walther Rode-Preis u. Prälat Ungar-Preis.



Foto: Alexandra Unger

“Not more of the same” since 1998: Aber nehmen wir den Journalismus auch selbst in die Hand!

von Otto Tremetzberger

1998 sind die ersten Freien Radios auf Sendung gegangen. 2005 mit OKTO das erste Community TV. In diesen mehr als 25 Jahren hat sich in der Medienlandschaft vieles verändert. Elektronische Medien (gemeint sind: Radio & Fernsehen) waren einmal etwas Besonderes. Als Student habe ich in den 1990ern die Aufbruchstimmung und die Dynamik rund um Radio Orange (Wien) und FRO (Linz) miterlebt. Dabei sein war „cool“. Von Fair Pay war nicht die Rede. Die Technologie Radio war „cool“. Und die Gründer*innen waren junge engagierte Leute, die meisten zwischen 20 und 25. Eine Altersgruppe, die heute in den sozialen Medien zu Hause ist und dem „terrestrischen Hörfunk“ schon lange den Rücken zukehrt. Vor allem die sozialen Medien und ihre Dynamiken haben die Rahmenbedingungen, die Wahrnehmung und die Perspektiven von Medienarbeit völlig verändert. „Cool“ ist heute was und wer anderes.

Das Schlimmste verhindern

Dazu kommt eine Entwicklung, die in den vergangenen Jahren häufig (im Rückblick fast verklärend) als „Medienkrise“ bezeichnet wurde. Das vielzitierte Zeitungssterben. Die Verflachung des Angebotes („Clickbaiting“). Immer weniger „echte“ Journalist*innen, die für „klassische“ Medien arbeiten. Zuletzt: „Inseratenaffäre“, „Message Control“ usw. Und dann noch die „neuen“ selbsterklärten „Freien Medien“, rechtslastige Blogs, Schwurbler-Magazine und TV-Sender, die am Watschenbaum einer schwächelnden Demokratie rütteln. Entwicklungen, die – so hat es sehr den Anschein – nicht mehr rückgängig zu machen sind. Wer glaubt zum Beispiel noch daran – siehe dazu den Beitrag von Christine Haiden in diesem Heft –, dass der ORF oder die immer weniger werdenden österreichischen Tageszeitungen dem Kulturjournalismus noch einmal und vor allem aus eigener redaktioneller und wirtschaftlicher Kraft zur Blüte verhelfen werden? Bei den meisten medienpolitischen Initiativen der letzten Jahre (ORF-Reform, Fördererhöhung für private und nichtkommerzielle Sender, viel Geld für die „digitale Transformation“ ...) gilt das Motto: Das Schlimmste verhindern. Dass von allen Märkten wenigstens der österreichische Medienmarkt versagt, gilt hierzulande als Common Sense.

Prekäre Alternativen

Ein positiver Lichtblick sind hingegen die zahlreichen Neugründungen: Ambitionierte Blogs, Rechercheplattformen, Podcasts, die – je nachdem – einen diversen, kritischen und/oder konstruktiven Journalismus versuchen. Allerdings agieren diese (notgedrungen) meist im Stil von „Medien-Start-ups“, denen nach gelungener Anschubfinanzierung (z. B. der „Wiener Medieninitiative“) und viel Vorschusssympathie (Crowdfunding) auffallend häufig und bald die Luft auszugehen droht. Nicht nur der Journalismus, auch der vor ein paar Jahren noch ziemlich gehypte alternative Journalismus ist in der Krise. In der Schweiz kämpft das Online-Magazin „Republik“ seit Jahren mit mageren Abonnent*innenzahlen. Von den „Krautreportern“, einst strahlende Helden des journalistischen Crowdfundings, hört man sehr wenig. Online-Magazine wie „tag eins“, „Zackzack“ oder „Dossier“ sind nicht nur mit investigativen Stories, sondern auch mit Rettungsaufrufen aufgefallen. Weitere prekäre Beispiele werden folgen. Im Vergleich zu den allermeisten dieser Neugründungen verfügen die Freien Radios und Community TVs über eine stabile Finanzierung und können (müssen!) auch langfristig planen. Im Meer der Alternativen sind die Freien Medien längst zu kleinen Tankern herangewachsen. Daraus entsteht Verantwortung!

Wo sind die neuen, jungen Stimmen in den Freien Medien

Das Zeitungssterben, die Auf- und Abs der zahlreichen hoffnungsfroh naiven digitalen Auswege aus der Schlagzeilenflut, der Niedergang des Qualitätsjournalismus, dem man als „Mainstream“ oder „bürgerlichen Journalismus“ nie viel Sympathie und auch Beachtung entgegenbrachte. An den freien Radios zum Beispiel sind diese Entwicklungen wie viele andere nahezu spurlos vorüber gegangen. Auffallend ist, wie wenig die „Freien“ den Kontakt zu den neuen digitalen journalistischen Playern suchten. Warum hat man diesen Initiativen nicht schon vor Jahren die Hand gereicht, warum nicht eine Plattform, eine mediale Heimat angeboten, warum nicht Ressourcen, Förderungen, Engagement, Inhalte und Öffentlichkeit geteilt? Dieses

Versäumnis verstehe ich bis heute nicht. Das Desinteresse ist gegenseitig. Die neuen Stimmen im medialen Chor der Meinungen haben ihrerseits die „Freien“ nicht am Radar. Auf die Idee der Kooperation sind offenbar weder die Einen noch die Anderen gekommen. Am fehlenden Hang der Online-Magazine und Recherche-Plattformen zu den „alten Medien“ Radio und TV lag es freilich nicht. Man wäre sicherlich mit fliegenden Fahnen in die Arme des ORF geschlüpft. It's the Reichweite stupid!

Ähnlich katastrophal auch das Verhältnis zu den „Fridays“ und anderen wort- und mobilisierungsmächtigen Playern innerhalb der „Klimabewegung“. Wo sind die regelmäßigen selbstorganisierten Sendungen der Fridays-Kids? Zwar haben das Freie Radio Freistadt und DORFTV eine eigene Klimaredaktion. Die Sendungen werden von Mitarbeiter*innen und Praktikant*innen der Sender produziert. Anders geht es nicht. Denn die Aktivist*innen haben zwar viel Zeit, um auf Facebook, Insta und TikTok für ihre Anliegen zu kämpfen. Eine eigene Radiosendung geht sich nicht mehr aus. Sinngemäß meinte eine Aktivistin bei einer Konferenz von DORFTV im letzten Jahr, dass man wenig Ressourcen habe und diese gezielt einsetzen müsse, also eben dort, wo es ihrer Meinung nach am meisten (Aufmerksamkeit) bringt. Das ist das Problem der Freien Medien: Der Eindruck, dass es vergleichsweise wenig bringt, sich jeden zweiten ungeraden Montag von 21:00 bis 22:00 Uhr ins Studio zu setzen, um mit Gleichgesinnten über Klimagerechtigkeit oder aktuelle Recherchen zu diskutieren.

Präsenz und Sichtbarkeit statt klassischer Reichweiten

In der Tat: Die „Reichweiten“ Freier Medien sind (wo sie ausnahmsweise erhoben werden) nicht berauschend. Aber es wäre völlig verkürzt, Relevanz und Wirkmächtigkeit der Sender allein daraus abzuleiten. Dazu übrigens mehr im Beitrag von Julia Müllegger in diesem Band. Die Frage von Kooperationen und das „Bündeln der Kräfte“ ist aber definitiv eine Schlüsselfrage von Erfolg und Sichtbarkeit. Hier gibt es Nachholbedarf. Optimistisch stimmt aber die zunehmende Vernetzung etwa bei DORFTV mit anderen medienpolitischen Interessensvertretungen, die ähnliche grundsätzliche Ziele verfolgen, darunter der „Presseclub Concordia“ oder „Reporter ohne Grenzen“. Der Großteil der nichtkommerziellen Sender ist mittlerweile außerdem Mitglied im Presserat, dem Verein zur Selbstkontrolle der österreichischen Presse.

Aktuelles Beispiel für eine gelungene Kooperation: Die Sendereihe „Das Dreieck – Politik und Debatte im Community TV“, ein gemeinsames Diskussionsformat von OKTO (Wien), FSI (Salzburg) und DORFTV (OÖ) anlässlich der Nationalratswahl am 29. September. Die erste übergreifende Programmkoproduktion aller drei österreichischen Community TVs! „Das Dreieck“ ist ein Best-practice-Beispiel, wie man gemeinsam die politjournalistische Schlagkraft erhöht. Und es zeigt auch, dass alle drei beteiligten Sender nicht nur über (ja: ausbaufähige!) Budgets für Eigenproduktionen, sondern über motivierte und bestens qualifizierte Redakteur*innen verfügen, die einer fundierten Wahlberichterstattung gewachsen sind und den Vergleich mit ORF oder Puls24 sicher nicht scheuen. Will der Sektor in der öffentlichen Wahrnehmung aus dem

ihm leider zugeschriebenen Nischen- und Exoten-Eck herauskommen, sind solche Formate essenziell. Wenn DORFTV, wie zum Beispiel am EU-Wahlabend 2024, neben ORF und Puls24, live mit Analysen, Kommentaren und Interviews aus dem Pressezentrum im Haus der Europäischen Union in Wien berichtet. Oder wenn Redakteur*innen von Radio FRO und Freies Radio Salzkammergut die einzigen Journalist*innen sind, die bei einer Pressekonferenz der anwesenden Politik (die einzigen) kritische Fragen stellen. Dann bekommt man eine Vorstellung davon, dass Wirkmächtigkeit nicht von Zuschauer*innenzahlen und Werbebudgets alleine abhängt.

Aber es geht nicht nur um Formate! Ein gemeinsames österreichweites Radioprogramm auf DAB+. Eine gemeinsame österreichweite (in OÖ wenigstens bundeslandweite) Nachrichtensendung. Es braucht Perspektiven wie diese, um über die eigene Bubble hinaus nicht nur als bunte Plattformen, sondern auch als ernsthafte journalistische Informations- und Diskussionsangebote wahrgenommen zu werden.

Diese Überlegungen zeigen, dass der „Offene Zugang“ noch immer der Leuchtturm der nichtkommerziellen Medienarbeit ist, dass es daneben, ergänzend und miteinander verwoben auch eigene redaktionelle Kapazitäten braucht. Natürlich, solche Formate verursachen Kosten, die anderswo fehlen und ein Abwägen der Prioritäten erfordern.

Der Bund hat kürzlich die Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks von 5 auf 6,25 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Auch wenn (Stichwort Fair Pay) noch einige Löcher zum Stopfen sind. Man muss den Kolleg*innen im Sektor zu mutigen strategischen Entscheidungen raten, wie sie diese zusätzlichen Mittel perspektivisch einsetzen.

Denn: Eine mediale Plattform, der es nicht gelingt, die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Verwerfungen journalistisch abzubilden, droht an ihren eigenen Ansprüchen zu scheitern. Ein Ausweg beginnt schon einmal damit, sich der eigenen medialen und in weiterer Folge auch journalistischen Rolle stärker bewusst zu werden.

Otto Tremetzberger studierte Theater-Film- und Medienwissenschaft, Philosophie und Kulturmanagement. Ab 2001 leitende Funktionen im Bereich Kultur und Medien. U. a. Freies Radio Freistadt und DORFTV. Seit 2022 Geschäftsführer Festival der Regionen. Wissenschaftliche und journalistische Beiträge zu Kultur- und Medienpolitik. Literarische Veröffentlichungen.



Foto: Reinhard Winkler

Jedes ernsthaft journalistische Angebot, das sich in diesem Medienmarkt versucht, gibt Hoffnung.

Harald Fidler, Ressortleiter Medien des STANDARD, im Gespräch.

Otto Tremetzberger: Auf der einen Seite investigative Podcasts mit beachtlichen Reichweiten und dutzende neue Radios auf DAB. Auf der anderen: drastischer Mitarbeiter*innenabbau. Magazine und Tageszeitungen verschwinden. Wie ist es Ihrer Meinung nach aktuell um die Medienvielfalt in Österreich bestellt?

Harald Fidler: Ich schaue so besorgt wie hoffnungsvoll auf Medien und Journalismus in Österreich. Besorgt wegen einer Vielzahl von Herausforderungen: übermächtige Konkurrenz von Tech- und Plattformkonzernen im Werbemarkt, im Zugang zum Publikum, das Faible ihrer Algorithmen für Wut und Hass, ihre Anfälligkeit für Desinformation, weiter befeuert durch die Möglichkeiten von KI. Das sind einige der existenziellen Herausforderungen für Vertrauen in und Finanzierung von Journalismus. Hoffnungsvoll, weil neue, kleine, andere Medien mit einigem Erfolg entstehen, und weil sich auch die bestehenden, etablierten Medienhäuser mehr und mehr auf die Herausforderungen einstellen (müssen).

Wo, würden sie sagen, fehlt etwas in der österreichischen Medienlandschaft: zum Beispiel ein Medienangebot, das es (zumindest bei uns) noch nicht gibt?

Würde ich eine relevante Marktlücke sehen oder ein funktionierendes neues Geschäftsmodell, würde ich das eher beim Standard vorbringen als hier. Journalistische Angebote, die junge Menschen nutzen, kann es nicht genug geben. Mir scheint, dass es einige Überlegungen im Markt für hyperlokalen Journalismus gibt. Ich habe leider zu wenig konkreten Markteinblick, aber journalistische Medienangebote für sprachliche und kulturelle Communities in Österreich, die von diesen auch genutzt werden, kann es auch nicht genug geben.

Neue Presseförderung. Förderung der digitalen Transformation. Zusätzliche Förderungen für kommerzielle, nichtkommerzielle Rundfunkveranstalter. Die Regierung hat manche medienpolitische Maßnahme auf Schiene gebracht. Was ist – mit Blick auf die Brancheninteressen im Besonderen und das demokratische Gefüge insgesamt – vergessen oder übersehen worden? Was wären die wichtigsten offenen Baustellen für eine nächste Regierung?

Mein Lieblingsszenario: Genügend Menschen sind bereit, für Medieninhalte zu bezahlen, weil sie den Wert von Journalismus, Orientierung, gesellschaftlichem Austausch,

Wissen, Unterhaltung und anderen Angeboten von Medien sehen. Genügend Menschen, um ein vielfältiges, unabhängiges, professionelles journalistisches Medienangebot in und für Österreich nachhaltig zu finanzieren. Das geht sich bisher nicht ganz aus – also braucht es Medienförderungen und andere staatliche Beihilfen und Maßnahmen. Diese Förderungen, Beihilfen, Maßnahmen brauchen sachliche, nachvollziehbare Kriterien und transparente Vergabe. Da kann Österreich – etwa bei Werbebuchungen öffentlicher Stellen – noch besser werden. Die Besetzung von Aufsichtsgremien insbesondere beim ORF oder andere Besetzungen könnten noch unabhängiger / ferner von Parteipolitik gestaltet werden. Und mir würden wohl noch ein paar Beispiele mehr einfallen.

Ihr aktuelles Buch trägt den Titel „So funktioniert Österreichs Medienwelt“. Was funktioniert in Österreichs Medienwelt ihrer Meinung nach nicht? Wo liegen die Bruchstellen?

Das nicht am Ende des Titels muss irgendwo auf dem Weg vom Manuskript in die Druckerei verloren gegangen sein. Ich kann nur das Buch empfehlen – hier reicht der Platz nicht für ein komplettes Bild von den schon angerissenen digital-globalen Herausforderungen bis zu den vielen österreichischen Einflussversuchen der Politik auf Medien (und umgekehrt), zur Vielzahl von parteiischen, parteinahen, parteieigenen, polarisierenden Angeboten, die so tun, als wären sie journalistische Medien, zum ewigen Konflikt zwischen privaten kommerziellen Medienhäusern und dem öffentlich-rechtlichen ORF, zum ewigen Grant über ORF-Gebühren in allen Formen, zum österreichischen Innovationstempo in weiten Teilen der Medienbranche ...

Sie schreiben „Es geht ums Ganze“. Gibt es angesichts der zahlreichen existenziellen Herausforderungen (Polarisierung, Spaltung, Fakes, Vertrauensverlust, Macht der Digitalkonzerne ...) auch Anlässe und Entwicklungen, die uns optimistisch stimmen sollten?

Jedes ernsthaft journalistische Angebot, das sich in diesem Medienmarkt versucht, gibt Hoffnung. Und jeder Mensch, der im Journalismus einen Wert sieht, ihn nutzt und vielleicht auch dafür zahlt.

Welchen Beitrag kann der nichtkommerzielle Rundfunk leisten, damit wir da wieder rauskommen?

Nichtkommerzieller Rundfunk ist eines dieser Angebote, von denen es nicht genug geben kann.

Vielen Dank für das Gespräch.

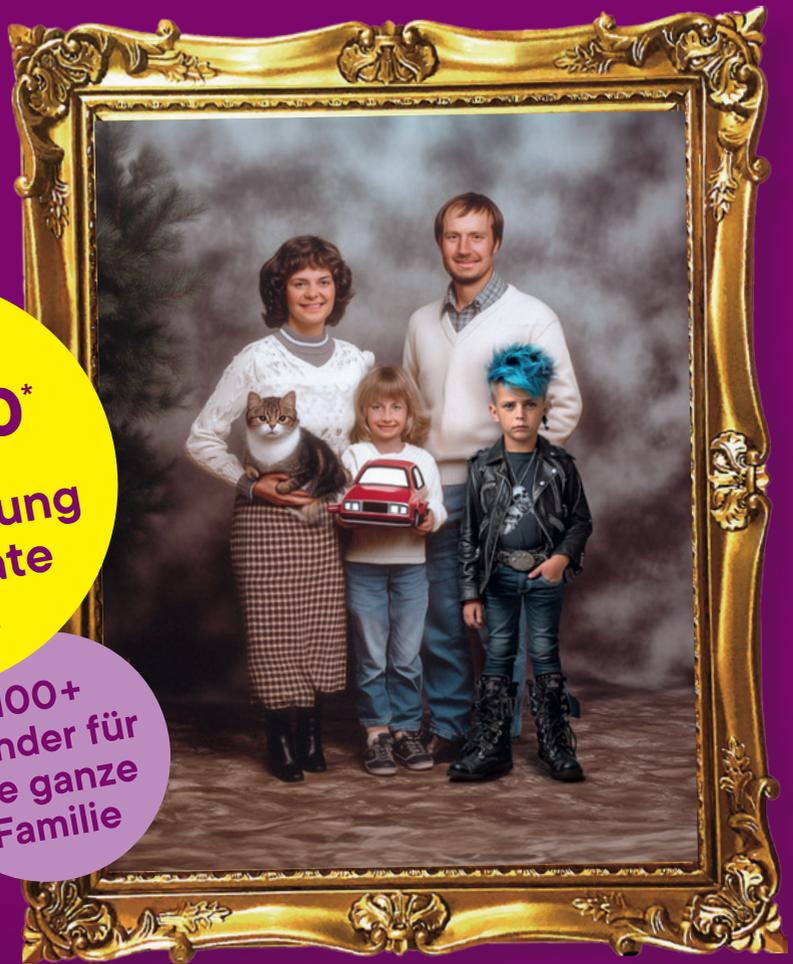
Die Fragen stellte Otto Tremetzberger

Harald Fidler (55) ist Ressortleiter Medien des STANDARD, er veröffentlichte mehrere Bücher über die Branche, zuletzt „So funktioniert Österreichs Medienwelt“ (Falter Verlag 2023). Auf diemedien.at liefert er kompaktes Wissen über Österreichs Medien und Medienmacher*innen.



Foto: Wolf/Dieter Grabnar

Familie kann man sich nicht aussuchen, das perfekte TV-Programm schon!



~~€ 18,80~~
€ 12,90*
keine Bindung
+ 3 Monate
gratis

100+
Sender für
die ganze
Familie



simpliTV

#fernsehliebe

Jetzt auf simpliTV.at anmelden!

Aktion gültig von 16.9. bis 14.10.

Dieses Bild wurde mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz erstellt.

*Angebot gültig bei Abschluss eines simpli more (Streaming) Pakets inklusive family+ Zusatzpaket bis 14.10.2024. Ab dem 3. Monat 12,90 EUR. Ab dem 12. Monat 18,80 EUR. (Nur für Neukunden.) Nur online anmeldbar. Änderungen und Irrtümer vorbehalten

LAND DER FREIEN MEDIEN



1 Still from 'Ja Suppe!' a new eating show hosted by Ahmed Jamal and Andrea Corradi premiering now on Dorf TV

2